ANALYSE

Azade Kakavand, Philipp Kessling, Jan-Hinrik Schmidt
Oktober 2026

Netzwerke der Meinungsbildung

Kommunikationsdynamiken im Umfeld der Bundestagswahl 2025



Friedrich Ebert Stiftung

Impressum

Herausgeberin
Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
info@fes.de

Herausgebende Abteilung
Abteilung Analyse, Planung und Beratung
www.fes.de/apb

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion
Catrina Schläger

Kontakt
Catrina Schläger
Catrina.Schlaeger@fes.de

Design/Layout
tigerworx, Beate Stangl

Titelbild
picture alliance / Ikon Images | Lee Woodgate

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. (FES). Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der FES dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Oktober 2026
© Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung finden Sie hier:
↗ **www.fes.de/publikationen**

Friedrich Ebert Stiftung

Azade Kakavand, Philipp Kessling, Jan-Hinrik Schmidt
Oktober 2026

Netzwerke der Meinungsbildung

Kommunikationsdynamiken im Umfeld der Bundestagswahl 2025

Inhalt

1 Einleitung 3

2 Die Erweiterung politischer Öffentlichkeit durch soziale Medien: Ein kurzer Abriss 4

Kommunikative Logiken und Mechanismen sozialer Medien 4

Erweiterte Möglichkeiten für periphere Akteur:innen 4

3 Anlage der Studie 7

Datengrundlage 7

Methodisches Vorgehen 8

4 Ergebnisse 9

Die Nominierung Frauke Brosius-Gersdorfs als Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht 9

Die Messerattacke in Aschaffenburg 10

Die Debatte um das Bürgergeld 12

Fallübergreifender Vergleich 14

5 Fazit 18

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis 20

Literaturverzeichnis 21

Anhang 23

1 Einleitung

Politische und gesellschaftliche Debatten finden in einer vielfältigen Medienlandschaft statt, die von digitalen Angeboten geprägt ist. Insbesondere soziale Medien senken die Hürden, die eigenen Ansichten und Erlebnisse mit anderen zu teilen, und legen Auswahlkriterien und Darstellungsformen für diese Beiträge nahe, die sich von denen publizistischer Massenmedien unterscheiden. Mit ihrer Hilfe können politische Akteur:innen ihr Publikum direkt adressieren und auch solche Stimmen Gehör finden, die in redaktionell-journalistisch kuratierten Medienangeboten nicht auftauchen – marginalisierte Gruppen und progressive Bewegungen, aber auch radikale Ideologien, Mis- und Desinformationen oder populistische Strömungen. So schaffen die digitalen Medientechnologien einerseits neue Chancen für demokratisches Engagement und Verständigung, erhöhen andererseits aber auch das Risiko, dass sich ausgrenzende Rhetorik, polarisierende Positionen und extremistische Narrative verbreiten.

Die Titel aktueller Analysen wie „Fractured Reality“ (Scharfbillig et al. 2026) oder „Information Ecosystems and Troubled Democracy“ (Mansell et al. 2025) verdeutlichen, dass diese Veränderungen längst die Grundfesten liberaler Demokratien und ihrer Verständigungsordnung angreifen. Eine der wesentlichen empirischen Fragen in diesem Zusammenhang ist, wie und zu welchem Grad die neu entstandenen Diskursräume mittlerweile gesellschaftliche Debatten prägen und so schlussendlich auch politische Entscheidungen beeinflussen. Weil sich die Kanäle und Arenen der öffentlichen Kommunikation vervielfältigt haben, bedarf es dazu Analysen, die die kommunikativen Dynamiken und Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Plattformen und Diskursräumen in den Blick nehmen. Die vorliegende Untersuchung setzt an dieser Stelle an und rekonstruiert exemplarisch den plattformübergreifenden Verlauf von Debatten.

Aufbauend auf einer knappen Erläuterung des gegenwärtigen Wandels politischer Öffentlichkeit (Kapitel 2) wird die methodische Anlage der Studie beschrieben (Kapitel 3). Sie bezieht unterschiedliche Arenen ein (publizistische Nachrichtenmedien; öffentlich-rechtliche Talkshows; TikTok-Accounts öffentlicher Sprecher:innen; Telegram-Kanäle des rechtspopulistischen und -extremistischen Spektrums) und deckt so die Debattenräume sowohl des gesellschaftlichen Zentrums als auch der Ränder bzw. Peripherie ab (Kapitel 3). Für den Zeitraum von November 2024 bis Oktober 2025, mithin für die Monate vor und nach der vorgezogenen Bundestagswahl im Februar 2025, rekonstruiert sie semantische Diskursnetzwerke zu drei Themen: die Wahl neuer Richter:innen für das Bundesverfassungsgericht im Sommer 2025; die Messerattacke in Aschaffenburg im Januar 2025, bei der zwei Menschen starben; die Debatte um das Bürgergeld. Diese Netzwerke werden in Kapitel 4 zunächst für sich genommen beschrieben und anschließend verglichen. Kapitel 5 fasst die wesentlichen Befunde zusammen und ordnet diese ein.

2 Die Erweiterung politischer Öffentlichkeit durch soziale Medien: Ein kurzer Abriss

Kommunikative Logiken und Mechanismen sozialer Medien

In den vergangenen 15 Jahren haben Social-Media-Plattformen wie Facebook, Instagram, X (ehemals Twitter) oder TikTok, aber auch Instant-Messaging-Dienste wie WhatsApp, Signal oder Telegram die technischen Hürden gesenkt, Inhalte aller Art mit anderen Menschen zu teilen (vgl. zum Folgenden auch Schmidt 2025). Dies hat weitreichende Folgen für das Gefüge politischer Kommunikation, denn soziale Medien bringen andere Mechanismen und Logiken der Auswahl, Darstellung und Verbreitung von Informationen mit sich als die redaktionell-journalistisch betriebenen publizistischen Angebote, die über Jahrzehnte hinweg Grundpfeiler der massenmedialen Öffentlichkeit waren. Diese waren (und sind) dadurch gekennzeichnet, dass sie Berichtenswertes anhand journalistischer Nachrichtenfaktoren auswählen, Informationen auf ihre Richtigkeit prüfen und Themen in Form von etablierten journalistischen Textgattungen wie der Nachricht, der Reportage oder dem Kommentar aufbereiten. Diese wiederum bündeln sie zu redaktionell kuratierten Sendungen, Ausgaben oder Nachrichtenportalen, wo Platzierung und Länge zugleich weitere Hinweise auf die Relevanz eines Themas geben.

Kommunikation in sozialen Medien folgt hingegen anderen Logiken: Ihre Nutzer:innen können Informationen, die sie mit anderen teilen möchten, nach anderen Kriterien als der breiten gesellschaftlichen Bedeutung auswählen, nämlich nach persönlicher Relevanz. Auch die Darstellung von Informationen muss sich nicht an professionellen journalistischen Standards und Konventionen ausrichten, sondern kann beispielsweise deutlich meinungsgetriebener sein und das Leitbild der Authentizität gegenüber journalistischen Maßstäben wie Objektivität oder Ausgewogenheit stärker betonen. Die kuratierende Rolle geht auf die Plattformen und Apps über, welche die unzähligen Beiträge, die in ihnen zirkulieren, für die Nutzer:innen selektiv bündeln und sortieren. Diese Auswahl beruht aber nicht auf redaktionellen Entscheidungsprozessen und -routinen, sondern verläuft automatisiert und algorithmisch personalisiert. Während in den publizistischen Massenmedien eine Nachrichtensendung oder eine Zeitungsausgabe für alle Rezipient:innen gleich aussieht, erhalten Nutzer:innen von sozialen Medien auf ihre individuellen Interessen zugeschnittene Informationen in einem beständig aktualisierbaren Stream, Feed oder auf einer „For You Page“.

Diese personalisierten Empfehlungen waren in der Anfangszeit sozialer Medien noch stark vom Social Graph der Nutzer:innen beeinflusst, also von den jeweils individuell geknüpften Kontakten zu anderen Accounts. In den vergangenen Jahren hat eine andere Logik an Bedeutung gewonnen, die sich prototypisch bei TikTok findet. Die Empfehlungsalgorithmen dieser Plattform sind so parametrisiert, dass Merkmale der einzelnen Videos (Wie lange schauen es sich die Menschen an? Wie viel interagieren sie damit?) deutlich stärker gewichtet werden als Signale, die aus dem Social Graph stammen. So haben auch unbekannte Accounts Chancen auf virale Aufmerksamkeit, während Sichtbarkeit für bekannte Sender:innen nicht garantiert ist (Liang 2022).

Erweiterte Möglichkeiten für periphere Akteur:innen

Die beschriebenen Logiken und Mechanismen machen es peripheren Akteur:innen leichter, an gesellschaftliche Öffentlichkeit anzuschließen – sie können mithilfe sozialer Medien redaktionelle Filter- und Prüfprozesse umgehen und davon profitieren, dass ihre Botschaften algorithmisch kuratiert, empfohlen und verbreitet werden. Das kommt beispielsweise populistischen Bewegungen entgegen (Gerbaudo 2018; Hopster 2021). Aber auch andere Gruppierungen, die sich am Rande oder jenseits der demokratischen Wissens- und Gesellschaftsordnung bewegen, profitieren in zweierlei Hinsicht vom „digitalen Möglichkeitsraum“, den insbesondere soziale Medien eröffnen.

Erstens können sie sich dort ihre eigenen Räume bzw. „dark platforms“ (Zeng/Schäfer 2021) schaffen, wie etwa Gong (2025) für die deutsche extreme Rechte auf X, Telegram und Gettr gezeigt hat oder Rinsdorf et al. (2026) für „systemskeptische“ Akteur:innen aus dem verschwörungstheoretischen und populistischen Spektrum. Geringere Zutrittshürden und rudimentäre oder vollständig fehlende Moderation von Kommunikation führen dazu, dass Konversationen dort oft toxischer als auf anderen Plattformen sind (Simon et al. 2025) und eine stärkere Polarisierung aufweisen (Kristensen 2025). Dies wiederum trägt dazu bei, dass mehr und mehr „illiberal public spheres“ (Bennett/Kneuer 2024) entstehen, die mit demokratischen Verständigungsnormen wie Zivilität, Toleranz, Inklusion und wechselseitiger Anerkennung brechen und zum Ziel haben, demokratische Institutionen und letztlich die liberale Demokratie als politisches System zu destabilisieren.

Zweitens können periphere Akteur:innen ihre Inhalte und Arenen vergleichsweise leicht untereinander verbinden und anschlussfähig an die Diskursräume des gesellschaftlichen Zentrums machen (Gilardi et al. 2022). Dies geschieht zum einen über Verweise auf die Berichterstattung professioneller publizistischer Medien des Zentrums, etwa in Form von kritischen oder skandalisierenden Bezugnahmen, aber auch in selektiver Übernahme von Inhalten, die zu den eigenen Weltsichten und Argumenten passen (Peucker/Fisher 2023). So ist für deutschsprachige „hyperpartisan, alternative, and conspiracy channels" auf Telegram die Berichterstattung etablierter publizistischer Medien zwar bei Weitem nicht der zahlenmäßig größte Bezugspunkt, aber dennoch eine wichtige Referenz (Rinsdorf et al. 2026).

Zum anderen finden sich zunehmend Verbindungen zwischen peripheren und zentralen Arenen, weil Letztere die Themensetzungen und Narrative Ersterer aufgreifen und ihnen so im Sinne eines „discursive mainstreaming" schrittweise öffentliche Sichtbarkeit, Resonanz und Legitimität zuweisen (vgl. etwa Zeeuw et al. 2020; Zehring/Domahidi 2025). Dies wiederum macht es wahrscheinlicher, dass Parteien und politische Akteur:innen des Zentrums populistische und (extrem) rechte Themen und Positionen übernehmen und in Koalitionen oder anderen Formen der politischen Kooperation normalisieren. So hat etwa eine breit angelegte Inhaltsanalyse der deutschen Zeitungsberichterstattung seit den 1990er Jahren nachgewiesen, dass Parteien des Zentrums insbesondere bei migrations-, integrations- und rassismusbezogenen Themen Positionen der „far right" übernommen haben. Diese Prozesse zeigen sich sehr deutlich ab 2015, als es der AfD bereits als außerparlamentarischer Partei gelungen ist, entsprechende Themen zu besetzen und als „issue owner" zu agieren (Saldivia Gonzatti/Völker 2025; Völker/Saldivia Gonzatti 2024).

Gerade gezielte Provokationen und Tabubrüche, die beispielsweise die Menschenwürde verletzen oder sich anderweitig gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, sind eine gewinnbringende Strategie, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und große Reichweiten für die eigenen Inhalte zu erhalten (Knüpfer et al. 2025; Saldivia Gonzatti/Völker 2025). Klinger et al. (2023) zeigen, wie sich fremdenfeindliche Positionen und Narrative ausgehend von der extremistischen Identitären Bewegung über „intermediary networks" aktivistischer Accounts und alternativer Medien verbreiten, bevor sie vom Spitzenpersonal der AfD aufgegriffen und in parlamentarische Debatten eingebracht werden. Auch bei anderen Themen konnten Positionen aus rechten Alternativmedien im Zusammenspiel mit Politiker:innen der AfD in die journalistische Berichterstattung etwa der *BILD* oder der *Welt*, aber auch anderer überregionaler Medien gelangen (Klawier 2024). Und im Kontext der Covid-19-Pandemie ließ sich ebenfalls „protest-facilitated mainstreaming" (Rothut et al. 2026) nachweisen; die „Querdenken"-Bewegung hat insbesondere über ihre Telegram-Kanäle populistische und verschwörungserzählerische Inhalte verbreitet, im Verlauf der Pandemie aber auch in steigendem Maße radikalere Positionen von extrem rechten Akteur:innen aufgegriffen und zu Sichtbarkeit verholfen (vgl. auch Buehling/Heft 2023).

Eine besondere Rolle in diesen Informationsökosystemen kommt den Influencer:innen zu, also Akteur:innen mit hoher Reichweite auf Social-Media-Plattformen (Bause 2021). Sie erreichen viele Personen mit ihren Botschaften und agieren so als Meinungsführer:innen, können aber auch kulturellen Einfluss ausüben und ideologisch geprägte Welt- und Rollenbilder vermitteln, wie etwa die Influencer:innen der „tradwive"-Bewegung (Leidig 2023). Nicht zuletzt haben sie oft eine vermittelnde Position zwischen ansonsten eher lose verbundenen Subgruppen (Rothut et al. 2024) und tragen so zur Informationsverbreitung über verschiedene Arenen hinweg bei.

Weil die beschriebenen Phänomene und Mechanismen also darauf beruhen, dass Kommunikationsflüsse zwischen verschiedenen Plattformen und Arenen stattfinden, benötigt es plattformübergreifende Analysen, die verschiedene Räume der politischen Öffentlichkeit beobachten und die Wechselwirkungen zwischen ihnen dokumentieren, verstehen und erklären (Gong 2025; Meyer et al. 2026; Zhang/Lian 2025). Im Umkehrschluss folgt daraus aber nicht, dass die Eigenheiten der jeweiligen Kommunikationsräume bedeutungslos geworden sind. Am Beispiel von Twitter bzw. X lässt sich gut aufzeigen, dass sowohl die technische Gestaltung als auch die Moderations- und Kontrollbedingungen einer Plattform starken Einfluss auf die zirkulierenden Informationen haben: Die Microblogging-Plattform hatte sich in den 2010er Jahren zu einem wichtigen Element des digitalen Informationsökosystems entwickelt und fungierte als Scharnier zwischen öffentlichen Sprecher:innen aus Journalismus, Politik, Wissenschaft, Aktivismus und Zivilgesellschaft (Schmidt et al. 2024). Auch wenn die Praktiken der „content moderation" auf Twitter immer wieder in der Kritik standen, wurden doch lange Zeit Anstrengungen unternommen, um Hassrede, Desinformationen oder andere Formen der destruktiven Kommunikation einzuhegen.

Mit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk im Jahr 2022 änderten sich diese Rahmenbedingungen. Die Plattform ließ zahlreiche Accounts wieder zu, die zuvor wegen Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen gesperrt worden waren (darunter auch der Account von Donald Trump), und baute zugleich das Personal für „content moderation" ab, das die Einhaltung dieser Regeln kontrollieren sollte. In der Folge florierte inzivile oder toxische Kommunikation auf der jetzt in X unbenannten Plattform (Hickey et al. 2025) sowie Falschinformationen, z. B. im Kontext von Impfungen (Li et al. 2026), was wiederum zahlreiche (aber längst nicht alle) Akteur:innen der gesellschaftlichen Mitte dazu brachte, ihre Aktivitäten auf X einzustellen.

Für wissenschaftliche Forschung kam noch eine weitere negative Veränderung hinzu: Lange Zeit bot Twitter sehr gute Möglichkeiten und Schnittstellen, um auf die Datenströme der Plattform zuzugreifen und die kommunikativen

Dynamiken auf der Plattform zu untersuchen. Diese Schnittstellen wurden nach 2022 aber so umgebaut, dass sie entweder gar nicht mehr oder nur noch gegen hohe Gebühren zugänglich sind. So erschwert X unabhängige wissenschaftliche Analysen gerade in dem Moment, in dem die Plattform augenscheinlich Desinformationen und demokratiefeindlichen Akteur:innen Auftrieb verleiht.

3 Anlage der Studie

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Veränderungen in den Strukturen, Mechanismen und Akteur:innen politischer Öffentlichkeit untersuchen wir im Folgenden, wie sich themenspezifische Debatten über verschiedene diskursive Arenen hinweg im Zeitverlauf entwickeln. Dazu beleuchten wir beispielhaft drei Fälle, die in den Zeitraum des Wahlkampfs zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025 sowie in die Monate danach fallen.

Erstens betrachten wir die Debatte um die Wahl neuer Richter:innen für das Bundesverfassungsgericht, die im Sommer 2025 für Kontroversen gesorgt hat. Die Wahl wurde wegen Bedenken der Unionsfraktion gegen die Kandidatin der SPD, Frauke Brosius-Gersdorf, zunächst verschoben. Infolge massiver Kritik an ihren politischen Positionen sowie nach Angriffen gegen ihre Person verzichtete sie schließlich auf die Kandidatur.

Zweitens analysieren wir die Berichterstattung und Debattenentwicklung rund um die Messerattacke in Aschaffenburg am 22.1.2025. Sie rückte das Thema Migration ins Zentrum des Wahlkampfs, auch weil CDU-Kandidat Friedrich Merz in der Folge einen migrationspolitischen Antrag mit den Stimmen der AfD im Bundestag verabschieden ließ.

Drittens untersuchen wir die Debatte zum Bürgergeld bzw. der Grundsicherung. Diese hatte im Unterschied zu den ersten beiden Untersuchungsgegenständen keinen klar bestimmbaren, ereignishaften Beginn, sondern wurde im Bundestagswahlkampf 2025 und in den Monaten danach immer wieder aufgegriffen.

Datengrundlage

Der Untersuchungszeitraum umfasst die zwölf Monate vom 1.11.2024 bis zum 31.10.2025. Um eine plattform- bzw. arenaübergreifende Analyse zu ermöglichen, wurden unterschiedliche Medienangebote erschlossen (vgl. Anhang für eine Übersicht): Für die Berichterstattung publizistischer Medien im Untersuchungszeitraum haben wir uns auf das Verzeichnis „Germany – National“ von Mediacloud bezogen. Daraus haben wir diejenigen publizistischen Angebote ausgewählt, die (auch) politische Berichterstattung betreiben, und zusätzlich das nicht in MediaCloud geführte Nachrichtenportal *Nius* mit einbezogen. Für alle Angebote wurden diejenigen Artikeltexte mitsamt Metadaten (wie etwa der Zeitpunkt der Veröffentlichung) erfasst, die frei verfügbar sind, also nicht hinter einer Bezahlschranke liegen. Im Fall von Duplikaten, z. B. bei der wortgleichen Veröffentlichung von Agenturmeldungen, wurde nur der zuerst veröffentlichte Artikel übernommen. Insgesamt gingen so ca. 700.000 Onlineartikel von 26 Nachrichtenangeboten in die Analyse ein.

Um Debatten des gesellschaftlichen Zentrums abzubilden, wurden zudem öffentlich-rechtliche politische Talkshows mit in die Analyse aufgenommen. Im Untersuchungszeitraum strahlten die fünf Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender *ARD* und *ZDF* – „Caren Miosga“, „Hart aber Fair“, „Maischberger“, „Markus Lanz“ und „Maybritt Illner“ – insgesamt 268 Sendungen aus. Sie wurden mithilfe eines Whisper-Modells automatisiert transkribiert.

Unter den sozialen Medien beziehen wir Telegram und TikTok mit in die Analyse ein. Telegram ist eine Messenger-App, die es neben privaten Chats zwischen zwei Personen oder in kleinen Gruppen auch erlaubt, mithilfe von „Kanälen“ eine große Anzahl an Menschen zu erreichen (Wiedemann et al. 2023). Ausgangspunkt war ein Verzeichnis von ca. 1.500 deutschsprachigen Kanälen, die ein breites Spektrum an Strömungen abdecken, darunter z. B. Kanäle, die der Verschwörungstheorie QAnon zugerechnet werden können, Kanäle mit Russlandbezug und solche, die deutsche Nachrichten und Debatten kommentieren und verbreiten. Sie veröffentlichten im Untersuchungszeitraum knapp 2 Millionen Nachrichten, die in den Datensatz eingingen.

TikTok ist eine Plattform, die auf kurze Videos spezialisiert und vor allem bei jungen Nutzer:innen beliebt ist (Behre et al. 2025). Kommunikation auf TikTok ging in den Datensatz über eine Sammlung von 1.100 Accounts ein, die zu Medienangeboten, Organisationen und Individuen aus der „Datenbank öffentlicher Sprecher:innen“ gehören (Schmidt et al. 2024). Diese veröffentlichten im Untersuchungszeitraum insgesamt ca. 74.000 Videos, deren Metadaten und Begleittexte („descriptions“) in die Analyse aufgenommen wurden.

Mit den aufgenommenen Plattformen deckt unsere Analyse ein breites Spektrum ab, ohne aber beanspruchen zu können, das gesamte Informationsökosystem in den Blick zu nehmen. Zwei Desiderate gilt es besonders hervorzuheben: Zum einen haben wir uns aus Kapazitätsgründen auf Medienangebote mit nationaler Relevanz beschränkt und beispielsweise lokale und regionale Tageszeitungen nicht mit in die Analyse aufnehmen können. Zum anderen bleiben einige Social-Media-Plattformen unberücksichtigt, auf

denen nicht nur viele öffentliche Sprecher:innen präsent sind, sondern die auch wichtige Medieninfrastrukturen für sogenannte alternative Medien sind. Neben Facebook, Instagram und YouTube ist insbesondere X zu nennen, das sich (wie oben beschrieben) in den vergangenen Jahren zu einem deutlich toxischeren Debattenraum entwickelt hat. Das Fehlen der genannten Arenen soll nicht implizieren, dass diese für die untersuchten Dynamiken unwichtig seien. Vielmehr ist der Zugriff auf Kommunikationsdaten für wissenschaftliche Zwecke in den zurückliegenden Jahren vermehrt durch die Plattformbetreiber erschwert worden, sodass Forschende zunehmend Schwierigkeiten haben, die Dynamiken überhaupt umfassend analysieren zu können.

Methodisches Vorgehen

Die Größe des erstellten Korpus sprengt die Möglichkeiten einer manuellen Auswertung und macht automatisierte Verfahren erforderlich. Wir nutzen dafür die Netzwerkanalyse, die besonders gut geeignet ist, komplexe Zusammenhänge in ihrer Gesamtheit abzubilden, ohne die Möglichkeit zu verlieren, einzelne Aspekte qualitativ zu beobachten (Kessling et al. 2024). Für die Analyse haben wir zunächst alle Artikel, Talkshow-Transkripte, Telegram-Beiträge und TikTok-Videobeschreibungen in einzelne Absätze geteilt. Diese Absätze betrachten wir als Knoten in einem potenziellen Diskursnetzwerk. Eine Verbindung zwischen zwei solcher Knoten stellen wir her, wenn eine semantische Ähnlichkeit vorliegt und die Textpassagen in einem Zeitraum von maximal 14 Tagen publiziert wurden. Verbundene Passagen müssen sich somit sowohl semantisch ähnlich sein als auch zeitlich nah aneinander liegen. Diese Prämissen sollen sicherstellen, dass miteinander verbundene Textpassagen zu denselben oder verwandten Themen gehören und sich so ein Diskurs verfolgen lässt.

Um das Netzwerk auf die für diese Analyse relevanten Inhalte zu beschränken, haben wir es nach thematisch spezifischen Schlüsselworten gefiltert. Für die Ereignisse und Debatten rund um die abgesagte Wahl der Verfassungsrichterin Frauke Brosius-Gersdorf haben wir nach „richterwahl“ (aber nicht „richterwahlausschuss“) sowie „brosiusgersdorf“, „brosiusgersdorf“ oder „emmenegger“ (der Name der Nachfolgekandidatin) gesucht. Für das Attentat in Aschaffenburg haben wir nach „aschaffenburg“ und „messer“ gesucht und für das Bürgergeldthema haben wir nach „bürgergeld“, „hartz“ oder „grundsicherung“ gesucht.

Ausgehend von Textpassagen mit diesen Schlüsselworten haben wir alle übrigen mit ihnen semantisch verbundenen Passagen im Netzwerk ausgewählt und ein Subnetzwerk pro Fallbeispiel erstellt. Dieses Vorgehen bildet die Diskurse in ihrer Gänze ab, führt allerdings auch dazu, dass verwandte Themen Eingang in die Netzwerke finden können. So sind beispielsweise die Debatten rund um das Bürgergeld semantisch stark verbunden mit anderen Themen der Fiskalpolitik und des Wahlkampfes. Dies führt dazu, dass auch die themenspezifischen Netzwerke noch breit gefächert sind und verwandte Themen teilweise das des untersuchten Falls überlagern. Deshalb haben wir die Netzwerke weiter gefiltert, indem wir durch manuelle Inspektion relevante Cluster ausgewählt haben, die dem Kernthema entsprechen.

Anschließend haben wir die einzelnen Absätze wieder zu Beiträgen zusammengefasst, damit ein Artikel nicht mehrere Knoten im Netzwerk ausmacht. Dementsprechend repräsentiert in den Darstellungen ein Punkt jeweils einen Artikel in Medien, einen Post auf TikTok oder Telegram oder eine Sendung einer Talkshow. In der Darstellung der Netzwerke haben wir den Zeitpunkt der Veröffentlichung auf der horizontalen Achse abgetragen, während die vertikale Verteilung auf der Gruppierung verbundener Knoten beruht.

4 Ergebnisse

Die folgenden Abschnitte geben zunächst einen Überblick über die Diskursnetzwerke für die drei untersuchten Themen – die gescheiterte Kandidatur von Frauke Brosius-Gersdorf, den Messerangriff in Aschaffenburg sowie die Debatte um das Bürgergeld. Anschließend vergleichen wir die drei Themen mit Blick auf die Beziehungen zwischen Arenen des Zentrums und des Randes.

Die Nominierung Frauke Brosius-Gersdorfs als Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht

Die Debatte um die Aufstellung Frauke Brosius-Gersdorfs als Kandidatin für das Bundesverfassungsgericht verlief in mehreren Wellen, die in der zeitlich gerichteten Netzwerkdarstellung erkennbar sind (vgl. Abbildung 1). Zu Beginn (1.7.2025) fand sich vor allem Kritik auf Telegram, während die Medien bald mit der Berichterstattung nachzogen. Die *FAZ* schrieb z. B. am 2.7.2025: „‚Unsere Kandidaten trafen in der Vergangenheit auf Ablehnung, weil sie zu migrationskritisch waren. Frau Brosius-Gersdorf ist lebenskritisch. Die Personalie ist für uns niemals wählbar', sagt ein Abgeordneter aus dem Rechtsausschuss der F.A.Z. – unter der Bedingung, dass sein Name nicht genannt wird." Interessanterweise ist diese Debatte semantisch auch mit anderen Diskurssträngen verbunden, die zeitlich vorgelagert sind. Dazu zählen etwa Diskussionen zu anderen Bundestagsbeschlüssen, die eine qualifizierte Mehrheit benötigen, wie die Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums. Ebenfalls im Netzwerk erkennbar ist ein Diskursstrang, der sich mit der „Maskenaffäre" von Jens Spahn auseinandersetzt; die Beiträge dort weisen semantische Ähnlichkeit zu Beiträgen auf, die das Agieren von Spahn im Zuge der abgesagten Wahl im Bundestag thematisieren.

Mit der vorläufigen Absage der Wahl am 11.7.2025 nahm die Dominanz publizistischer Medien in der Debatte zu. Sie diskutierten verschiedene Themen, unter anderem die Plagiatsvorwürfe gegen Brosius-Gersdorf sowie ihre Positionen zu Schwangerschaftsabbrüchen und einer Impfpflicht. Auch der Vorgang der Wahl selbst wurde in dieser Zeit weiter diskutiert; daher ist das Diskursnetzwerk aus diesem Zeitraum auch von Artikeln und Beiträgen rund um den Streit in der Koalition geprägt, z. B. „Unions-Rebellen erzwingen Koalitionskrach: Merz und Spahn stoppen Richterwahl im Bundestag" (auf1tv, 11.7.2025).

Parallel entwickelte sich ein kleineres Cluster von Telegram-Posts zu Ann-Katrin Kaufhold, der zweiten von der SPD vorgeschlagenen Kandidatin. Exemplarische Beiträge sind etwa „Beim Eklat um die SPD-Verfassungrichter-Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf wäre fast die noch extremere SPD-Kandidatin – ebenfalls Juraprofessorin – Ann-Katrin Kaufhold unbeachtet geblieben" (coronasolution, 18.7.2025) und „Frauke Brosius-Gersdorf wird nicht Verfassungsrichterin. Gut so! Doch die gefährlichere Kandidatin war immer die ebenfalls von der SPD nominierte Ann-Katrin Kaufhold. Zeit, sie zu Fall zu bringen. Ein Kommentar" (junge_freiheit_official, 7.8.2025). Dieser Diskursstrang kam allerdings in den publizistischen Medien kaum an; lediglich *focus.de* griff das Thema kurz auf: „Rechts von der Mitte wird Kaufhold gerade unter Feuer genommen, sie sei eine aktivistische Klimarichterin. Und das stimmt auch – mehr oder weniger. Denn: Gerichte, sagt die Kandidatin der SPD, hätten beim Klimaschutz eine wichtige Funktion. Sie seien in der Rolle eines ‚wirkmächtigen Akteurs des Klimaschutzes'" (focus.de, 27.7.2025).

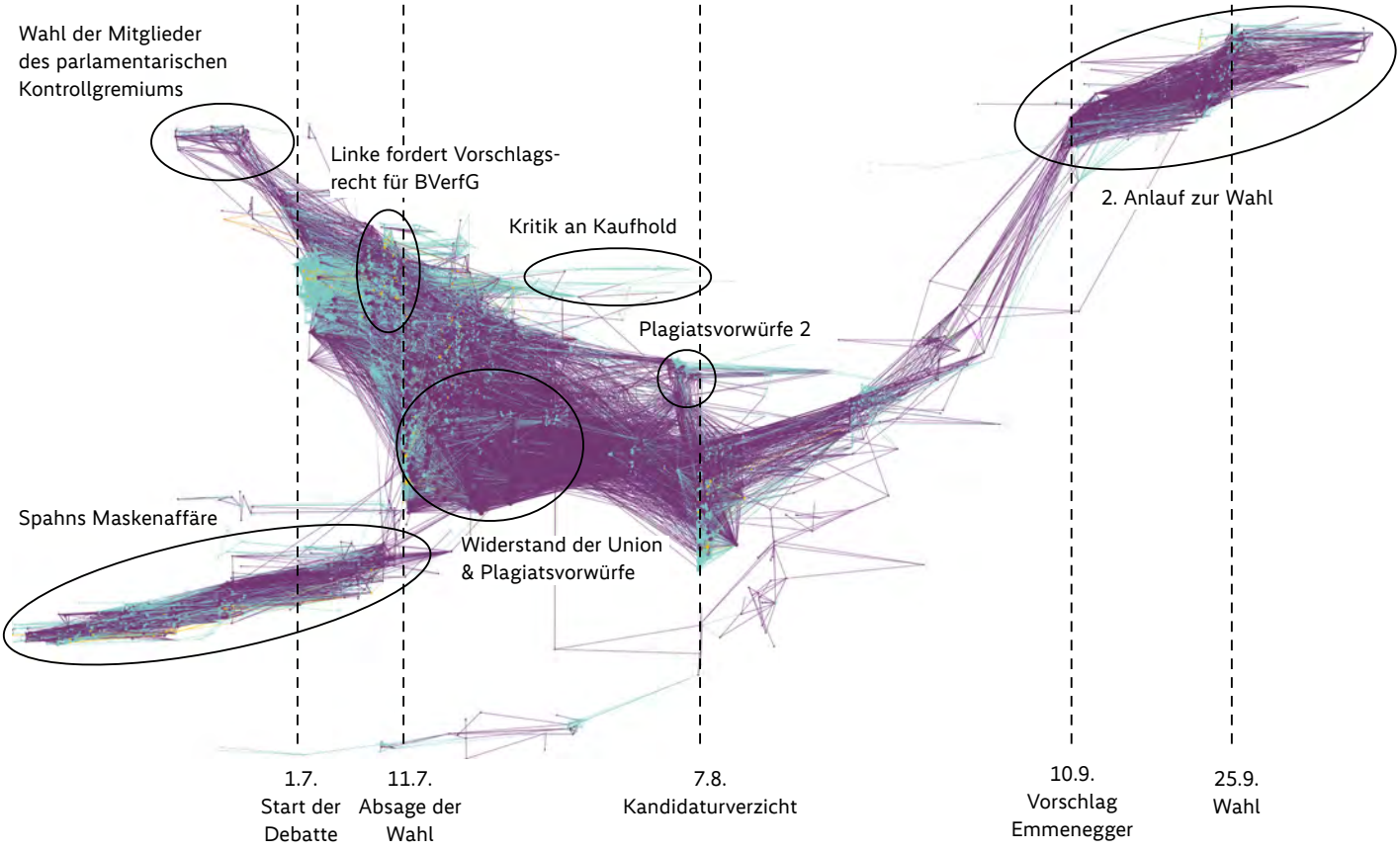
Am 7.8.2025 folgte ein weiteres Ereignis, das im Netzwerk klar zu erkennen ist: der Kandidaturverzicht von Frauke Brosius-Gersdorf, den sowohl die Medien als auch Telegram-Kanäle aufgriffen. Im Nachgang schwächte sich die Berichterstattung wieder ab, bevor die SPD am 10.9.2025 Sigrid Emmenegger als neue Kandidatin vorschlug und die Wahl schlussendlich am 25.9.2025 durchgeführt wurde. Zu diesem Zeitpunkt kam zwar auf Telegram und dem TikTok-Kanal der AfD im Bundestag erneut Kritik an Kaufhold auf, z. B. „Ann-Katrin Kaufhold muss verhindert werden! @drberndbaumann #Verfassungsgericht #AfD#CDU#SPD" (afdfraktionimbundestag, 22.9.2025). Doch auch dieser Versuch, die Debatte anzufachen, endete ohne eine Übernahme in den publizistischen Medienangeboten des Zentrums.

Insgesamt zeigt sich, dass die Debatte um die Kandidatur von Frauke Brosius-Gersdorf zu Beginn vor allem in der Peripherie in Form von Posts auf Telegram geführt wurde. Erst mit Verzögerung, und besonders nach Absage der Wahl am 11.7.2025 griffen publizistische Medien das Thema in breiter Linie auf. Gerade die Plagiatsvorwürfe und die Haltung zu Schwangerschaftsabbrüchen waren immer wieder auftauchende Narrative und Topoi. Die in der Peripherie kursierende Kritik an der Kandidatin Ann-Katrin Kaufhold sowie später auch am Alternativvorschlag Sigrid Emmenegger erzielte keine vergleichbare Resonanz in den publizistischen Medien, und die Debatte versiegte.

Abb. 1

Semantisches Netzwerk zur Debatte um Frauke Brosius-Gersdorf

(gerichtet nach Zeit; mint = Telegram; violett = Medien; orange = Talkshows; gelb = TikTok)



Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Die Messerattacke in Aschaffenburg

Der Messerangriff in Aschaffenburg am 22.1.2025, bei dem ein ausreisepflichtiger Afghane ein Kleinkind und einen Erwachsenen tötete, fiel in die Hochphase des Wahlkampfes zur Bundestagswahl. Das Netzwerk von semantisch miteinander verbundenen Beiträgen (vgl. Abbildung 2) zieht sich allerdings über den gesamten Untersuchungszeitraum und beinhaltet auch Themen, die lange vor dem Angriff debattiert wurden, etwa das Scheitern der Ampelkoalition, der Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024 oder auch Elon Musks Unterstützung der AfD.

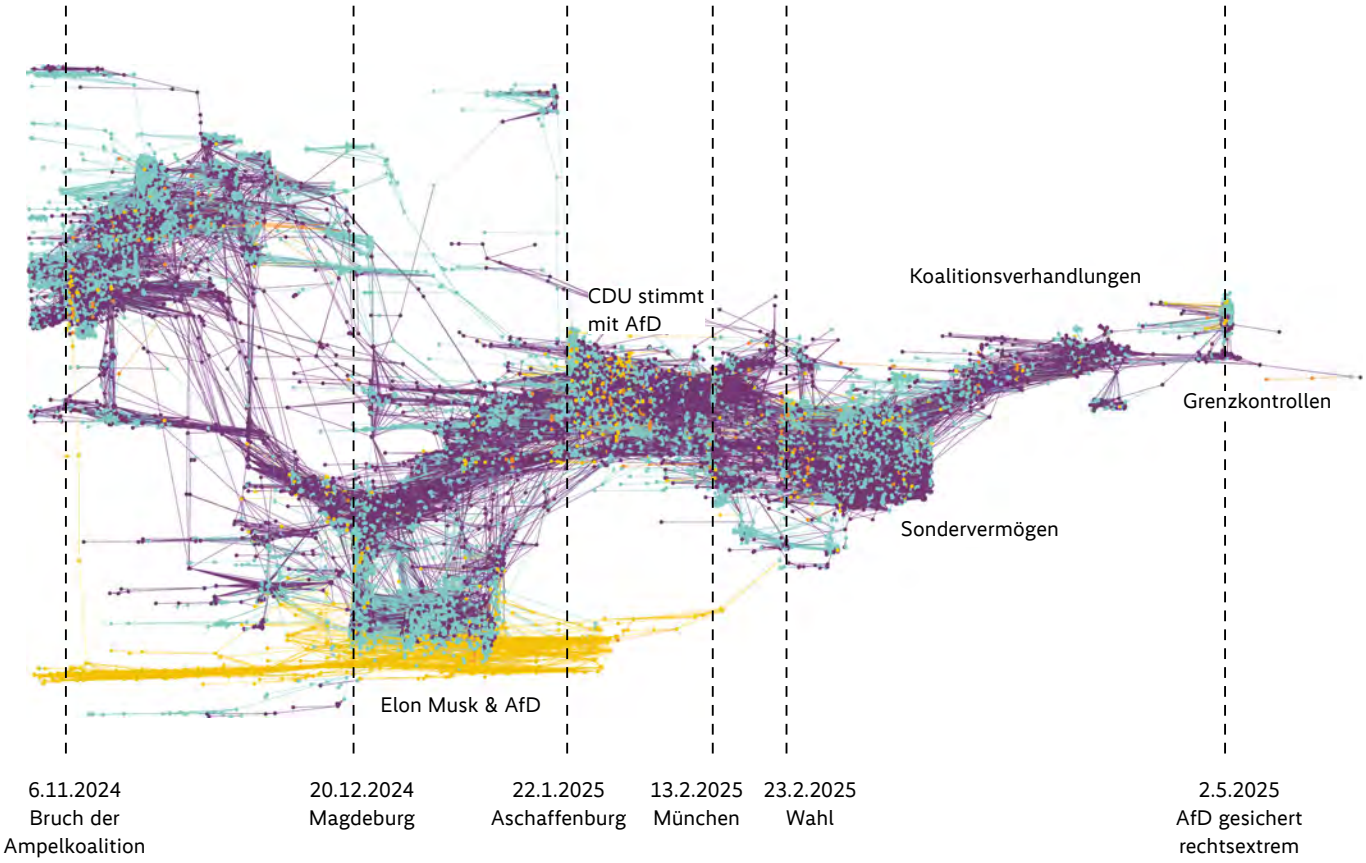
Greift man aus dem gesamten Netzwerk nur die Beiträge im Zeitraum unmittelbar nach der Attacke heraus, zeigt sich ein Wechselspiel zwischen unterschiedlichen Quellen (vgl. Abbildung 3). Auffällig ist, dass Telegram zu Anfang eine große Rolle spielte, im Anschluss auch publizistische Medien weitere Details zum Fall beisteuerten, bevor dann Telegram-Kanäle diese wieder aufgriffen. Frühe Posts auf Telegram gaben vor allem schnelle Fakten wieder, die teilweise aber klar meinungsgetrieben und emotionalisierend geframed waren, wie z. B. „Unfassbarer Migrantenmord in Aschaffenburg. Ein Afghane greift eine Kindergartengruppe bei einem Parkspaziergang an. Er tötet ein 2jähriges Baby und einen 41jährigen Mann." Nahezu alle Telegram-Posts stellten die Herkunft des Täters prominent heraus. Weitere Details zur Tat und zum Täter wurden hingegen zuerst von den Medien in die Debatte eingebracht.

Das größere Netzwerk zeigt, dass in den Tagen und Wochen danach immer wieder auf die Attacke Bezug genommen wurde. Im Zusammenhang mit der Abstimmung über verschärfte Regeln für Asylbewerbende, bei der die CDU erstmalig mit der AfD eine Mehrheit angestrebt hatte, heißt es etwa auf *spiegel.de*: „Ausgangspunkt für die aktuelle Migrationsdebatte war der Messerangriff von Aschaffenburg mit zwei Toten, der vor einer Woche den Bundestagswahlkampf komplett umkrempelte" (spiegel.de, 29.1.2025). Auch weitere Gewalttaten wie in München am 13.2.2025 werden mit Aschaffenburg in Verbindung gesetzt, z. B. auf Telegram: „Die Tat erinnert an die gehäuften Attentate der letzten Wochen und Monate: Erst Ende Januar hatte ein afghanischer Asylbewerber in Aschaffenburg zwei Menschen, darunter ein Kind [sic], getötet"

Abb. 2

Semantisches Netzwerk zur Messerattacke in Aschaffenburg

(gerichtet nach Zeit; mint = Telegram; violett = Medien; orange = Talkshows; gelb = TikTok)



Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

(Schubertslm, 13.2.2025). Zudem wurde die Attacke auch in Talkshows schon frühzeitig angesprochen. Dadurch blieb das Thema Migration, mit dem die Debatte verknüpft ist, im Wahlkampf präsent und auch nach der Wahl im öffentlichen Diskurs. So schrieb z. B. *spiegel.de* am 29.1.2025, sieben Tage nach der Attacke: „Alles dreht sich um die (illegale) Migration. Es ist das Thema, das niemand wollte – außer einer Partei."

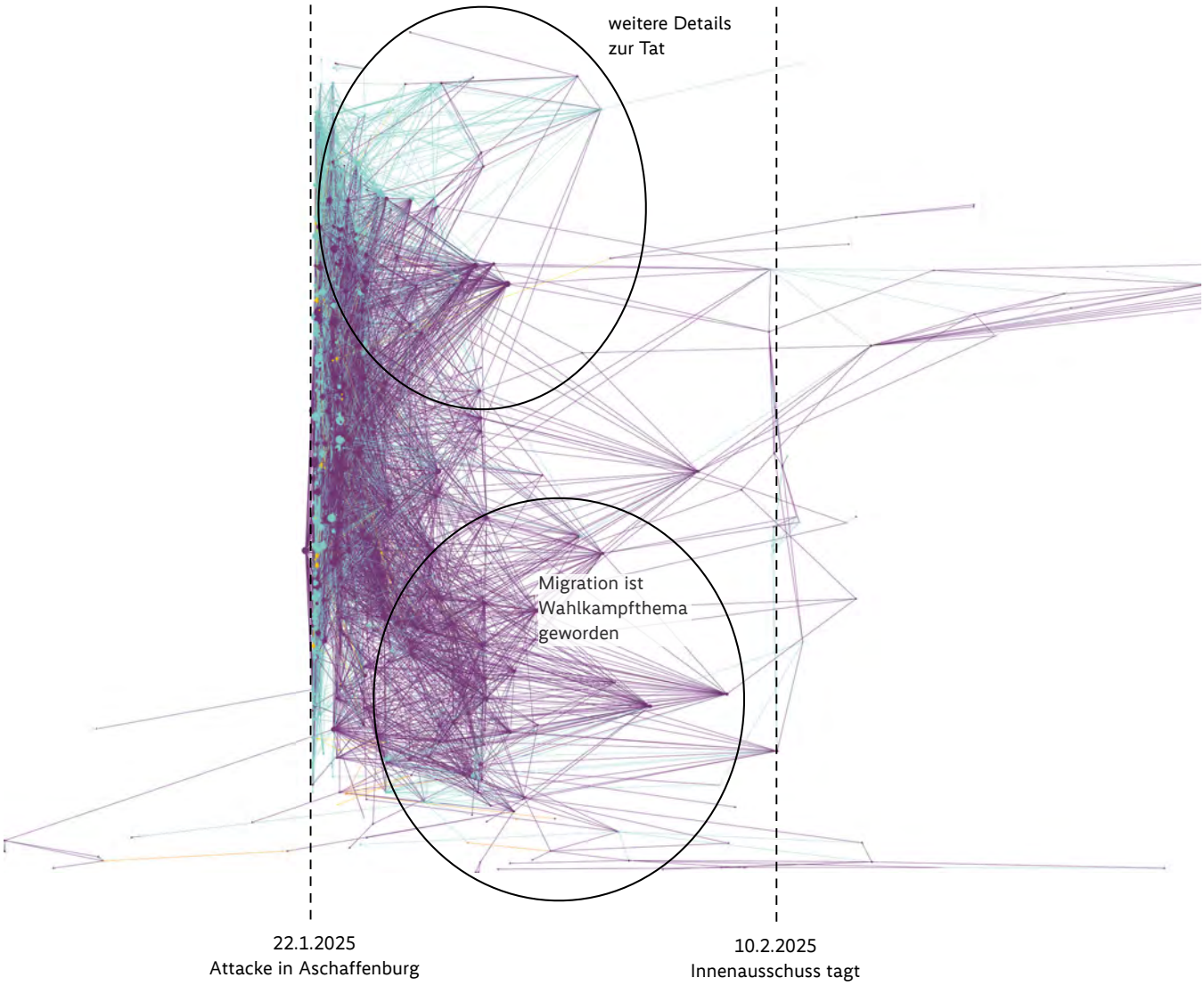
In den folgenden Monaten wurde der Verlauf der Ermittlungen – vom Bekanntwerden weiterer Einzelheiten über den Täter, etwa vorheriger Kontakte mit Sicherheitsbehörden, über die Anklage bis zum Prozess – weiter medial begleitet und auch auf Telegram kommentiert. Immer wieder wurde dort die Attacke in Aschaffenburg in Zusammenhang mit größeren politischen Themen gestellt, z. B. als Friedrich Merz mit seiner Ankündigung, die deutsche Migrationspolitik bei seinem Amtsantritt zu verschärfen, einer zentralen Forderung der AfD entsprach. Ende Mai wurde dieses Versprechen auf Telegram als unerfüllt kritisiert: „Es war DAS Versprechen im Bundestagswahlkampf, eine rote Linie, die CDU-Chef Friedrich Merz persönlich zog: Illegale Migranten sollten an der deutschen Grenze ‚ausnahmslos zurückgewiesen' werden – und zwar ‚auch Personen mit Schutzanspruch'. Jetzt ist davon nichts mehr übrig" (impfschaede, 29.5.2025). Auf Telegram wurden teilweise auch direkt Überschriften aus Zentrummedien übernommen, z. B. „Schuldzuweisungen im Innenausschuss nach Messerangriff in Aschaffenburg | tagesschau.de" (olivesenst, 11.2.2025).

In diesem Fall ist besonders die Vielzahl an verwandten Themen erwähnenswert, die sich auf unterschiedliche Phasen und Ereignisse in und nach dem Wahlkampf bezogen. Im Zeitraum unmittelbar nach der Tat waren Posts auf Telegram vor allem zu Beginn präsenter und konzentrierten sich auf Details zu Hergang und Hintergrund. Die Attacke wurde in der Folge einerseits immer wieder als Referenz und Begründung für politische Entscheidungen herangezogen, aber auch in der Peripherie genutzt, um Politiker:innen an ihren Wahlkampfversprechen vor allem in Bezug auf die Migrationspolitik zu messen. Andererseits griff die Berichterstattung über die Tat auch vorherige Ereignisse auf, wie z. B. die Attacke in Magdeburg im Dezember 2024. Dadurch entstand ein sehr weit gespanntes Netzwerk, in dem Beiträge aus Peripherie und Zentrum stark verbunden waren.

Abb. 3

Auszug aus dem semantischen Netzwerk zu Aschaffenburg

(gerichtet nach Zeit; mint = Telegram; violett = Medien; orange = Talkshows; gelb = TikTok)



Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Die Debatte um das Bürgergeld

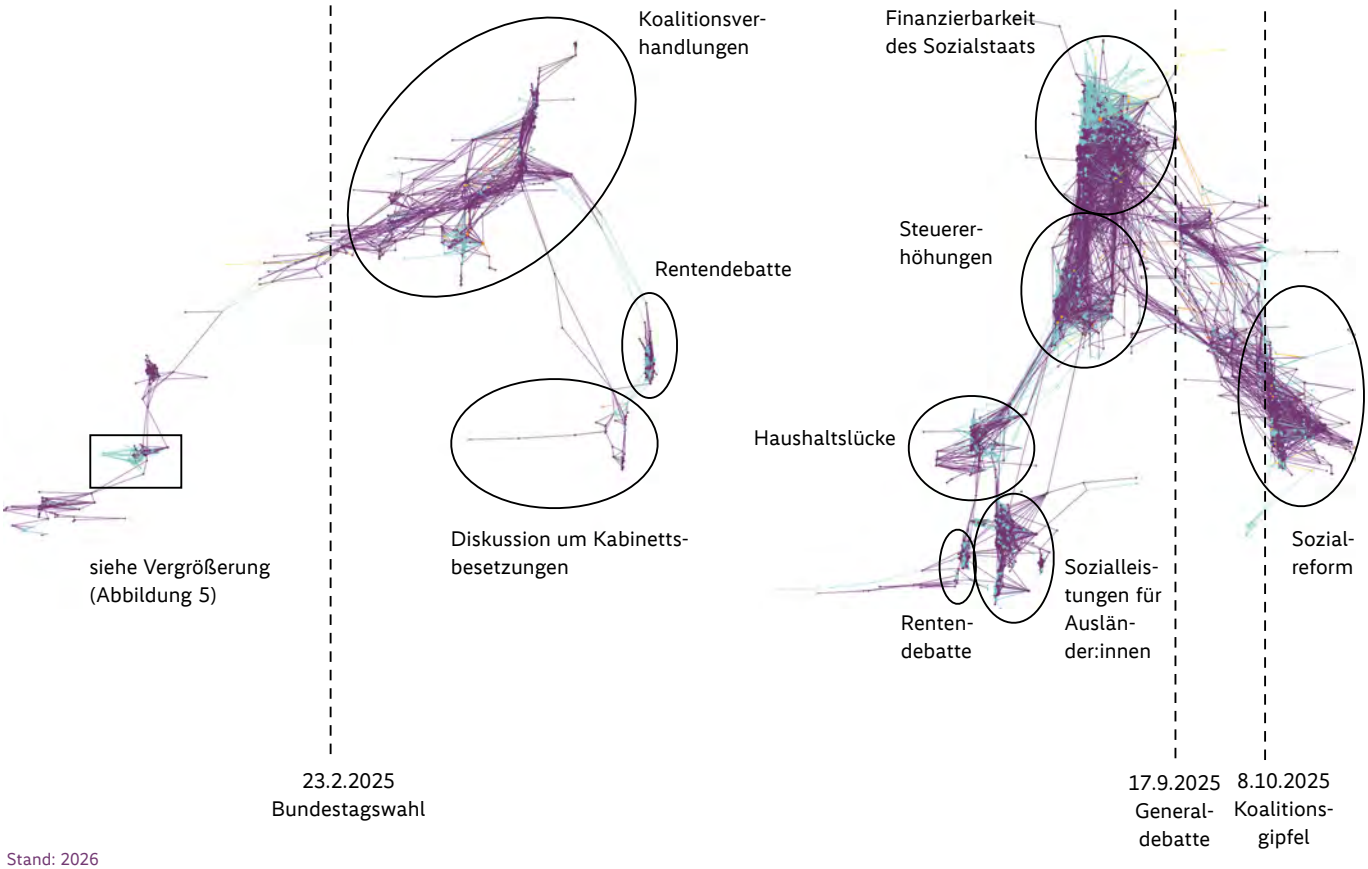
Das dritte Fallbeispiel, die Diskussion um das Bürgergeld bzw. die Grundsicherung als nachfolgende Sozialleistungen, war nicht von einem ähnlich konkreten Ereignis getrieben wie die bislang beschriebenen zwei Fälle. Vielmehr war die Reform der Sozialleistungen schon beim Bruch der Ampelkoalition im November 2024 ein wichtiges Thema und wurde im Wahlkampf sowie danach immer wieder aufgegriffen. Das gesamte semantische Diskursnetzwerk enthält daher auch viele Verbindungen zu anderen fiskalpolitischen Themen und Debatten, etwa zur Finanzierung der Unterstützung für die Ukraine. Schließt man diese aus der Analyse aus, verbleibt ein Netzwerk mit zwei nicht verbundenen Diskursbereichen (siehe Abbildung 4). Der erste Diskursbereich begann im Wahlkampf mit Berichten über einen Vorstoß von Friedrich Merz, beim Bürgergeld Einsparungen vorzusehen. Der Vorschlag stammt aus dem Grundsatzprogramm der CDU und wurde zusammen mit anderen Themen des Programms diskutiert, z. B. der Reform des Rentensystems, welche die letzte Teildebatte des ersten Clusters darstellt. Auch Verbindungen zu anderen Parteiprogrammen tauchen im Netzwerk auf, sodass sich weitere fiskalpolitische Vorschläge, wie etwa eine Erhöhung des Mindestlohns, in dem Cluster finden lassen.

Aber auch konkrete Debattenepisoden zum Bürgergeld kommen im Netzwerk vor, wie ein exemplarischer Auszug zeigt (vgl. Abbildung 5): Um den Jahreswechsel 2024/2025 wurde auf Telegram berichtet, die Stadt Schwerin habe eine Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger:innen beschlossen. Das Thema griffen in der Folge auch publizisti-

Abb. 4

Semantisches Netzwerk zu Bürgergeld/Grundsicherung

(gerichtet nach Zeit; mint = Telegram; violett = Medien; orange = Talkshows; gelb = TikTok)

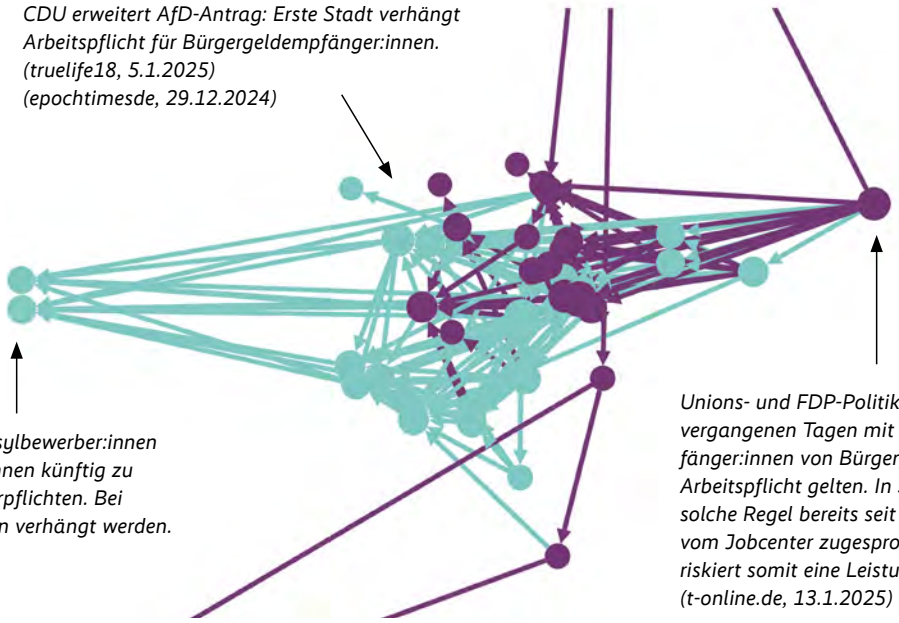


Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Abb. 5

Auszug aus dem semantischen Netzwerk zu Bürgergeld/Grundsicherung

(Diskussion um Arbeitspflicht für Bürgergeldempfänger:innen; mint = Telegram; violett = Medien)



Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

sche Medien auf, wobei sowohl dort wie auch auf Telegram der Vorschlag zuerst der AfD zugerechnet wurde. Wie die Stadt kurz darauf richtigstellte, hatte sie aber lediglich beschlossen, ein Konzept für eine Arbeitspflicht zu erstellen (Landeshauptstadt Schwerin 2025).

Der zweite Diskursbereich begann im Juni 2025 und band ebenfalls verschiedene finanz- und steuerpolitische Debatten ein, wie etwa die Aufnahme des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität oder die Diskussionen um längere Arbeitszeiten. Die Berichterstattung war dabei vor allem von Ankündigungen wie zum „Herbst der Reformen" und Aussagen aus Interviews etwa zur Abschaffung des Bürgergelds für geflüchtete Ukrainer:innen geprägt.

Im August wurden die Sozialleistungen noch einmal mit einer Debatte um die Haushaltslücke und der Forderung nach höheren Steuern seitens der SPD wieder aufgenommen, bevor im Oktober 2025 eine Einigung auf die Reform der Sozialleistungen vom Bürgergeld zur Grundsicherung erzielt wurde. Der Diskurs um die Sozialleistung war dabei eher von den Medien als durch Telegram geprägt, Debatten liefen aber parallel und waren sich durchaus ähnlich. So bezogen sich Telegram-Beiträge immer wieder auf Medien, wie beispielsweise im Kanal „dekurier": „Das künftig Grundsicherung genannte bisherige ‚Bürgergeld' spart kaum Geld ein! Laut ‚Bild'-Zeitung sind es 2026 nicht einmal 100 Millionen Euro – von 52 Milliarden insgesamt!" (dekurier, 17.10.2025).

Insgesamt zeigt die Rekonstruktion des Diskursnetzwerks, dass die Debatte um Bürgergeld und Grundsicherung mit anderen Themen zu verschiedenen Sozialleistungen verwoben ist. Die semantische Ähnlichkeit der verschiedenen Teilbereiche beruht oft auf Fragen der Legitimität von Ansprüchen auf staatliche Hilfe sowie der generellen Haushaltsfinanzierung. Die Themen wurden sowohl in den Medien als auch auf Telegram diskutiert – wobei Beiträge unterschiedlicher Arenen oft verbunden waren. Das Netzwerk ist kleiner als die der anderen Debatten und weniger zeitlich konzentriert. Das Thema war nicht in gleichem Maße durch unvorhergesehene Ereignisse getrieben wie die anderen beiden Beispiele. Auf Telegram ist das Thema Sozialleistungen oft mit migrationspolitischen Fragen verbunden. Vereinzelt konnte auch beobachtet werden, wie Falschinformationen zuerst auf Telegram kursierten und dann in den Medien des Zentrums aufgegriffen wurden (siehe Abbildung 5).

Fallübergreifender Vergleich

Die Fallanalysen haben gezeigt, dass unterschiedlich gelagerte Diskursanlässe (ereignisgetrieben wie bei Brosius-Gersdorf und dem Messerangriff, themengetrieben wie beim Bürgergeld) in unterschiedlichen semantischen Diskursnetzwerken resultieren. Doch wie stellen sich die Verhältnisse und Verbindungen über Arenen und Plattformen hinweg dar? Für diesen Teil der Analyse unterscheiden wir insgesamt sechs Arenen, von denen wir je drei im Zentrum bzw. am Rand verorten. Als „Rand" kategorisieren wir *Nius,* alle erfassten Kanäle auf Telegram sowie die TikTok-Accounts der AfD und alternativer Medien. Alle übrigen erfassten Accounts auf der Videoplattform sowie alle anderen publizistischen Medien und die öffentlich-rechtlichen Talkshows zählen wir zum Zentrum.

Tabelle 1 zeigt, wie sich die Beiträge in den drei betrachteten Fallbeispielen auf diese Arenen verteilen. Aufgrund der Zusammenstellung des Untersuchungskorpus (siehe Kapi-

Tab. 1

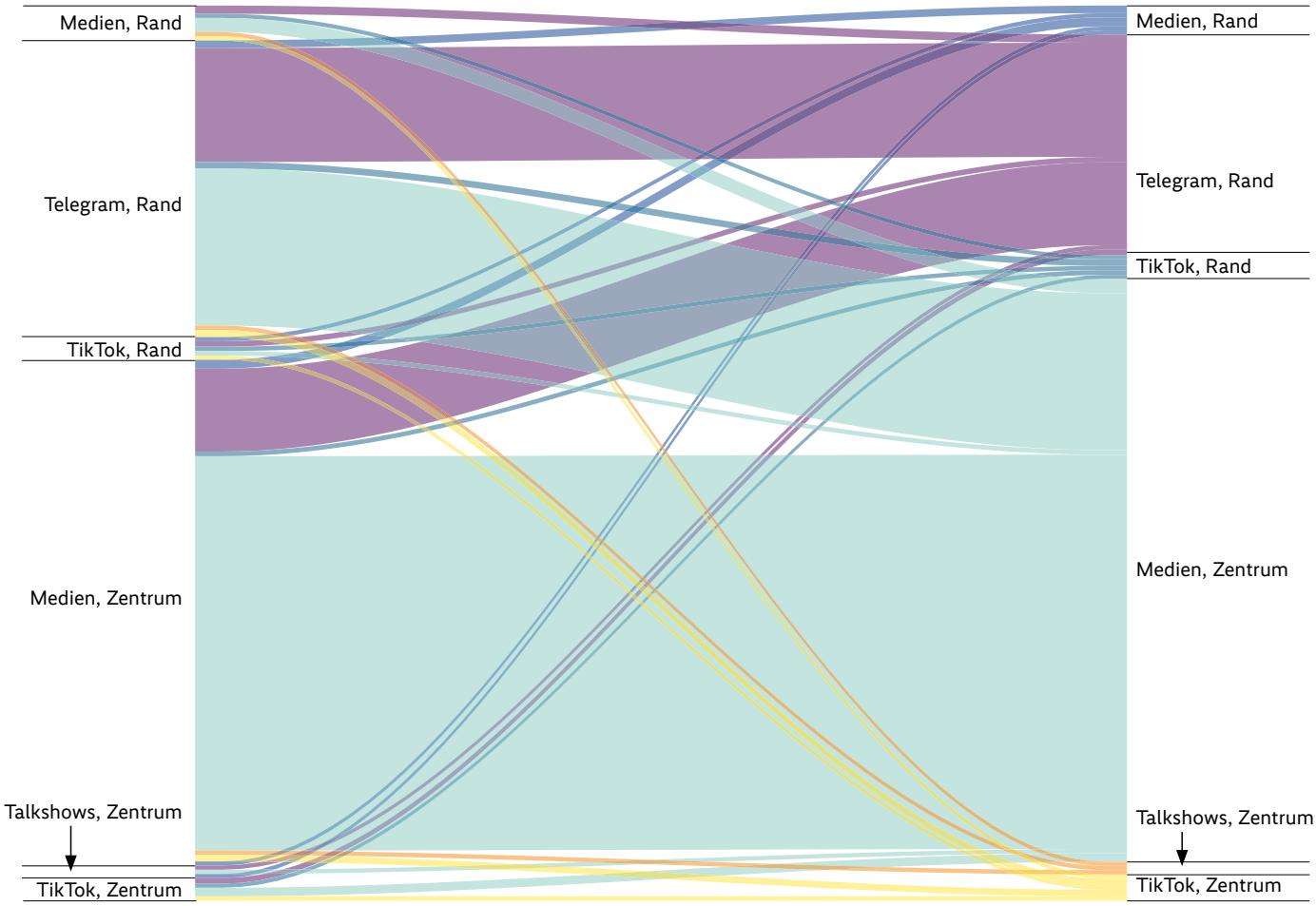
Anzahl und Anteile der Beiträge aus verschiedenen Arenen pro Fallbeispiel

Arenen Anzahl		Brosius-Gersdorf		Aschaffenburg		Bürgergeld	
		Anzahl	*Anteil*	*Anzahl*	*Anteil*	*Anzahl*	*Anteil*
Zentrum	publizistische Medien	1.395	46,6	338	52,3	1.459	65,6
	Talkshows	15	0,5	6	0,9	23	1,0
	TikTok	38	1,3	12	1,9	34	1,5
Rand	publizistische Medien	52	1,7	7	1,1	35	1,6
	Telegram	1.452	48,5	273	42,3	669	30,1
	TikTok	42	1,4	10	1,5	4	0,2
	Gesamt	**2.994**	**100**	**646**	**100**	**2.224**	**100**

Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Verbindungen zwischen verschiedenen Arenen im semantischen Netzwerk zu Brosius-Gersdorf

Abb. 6



Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

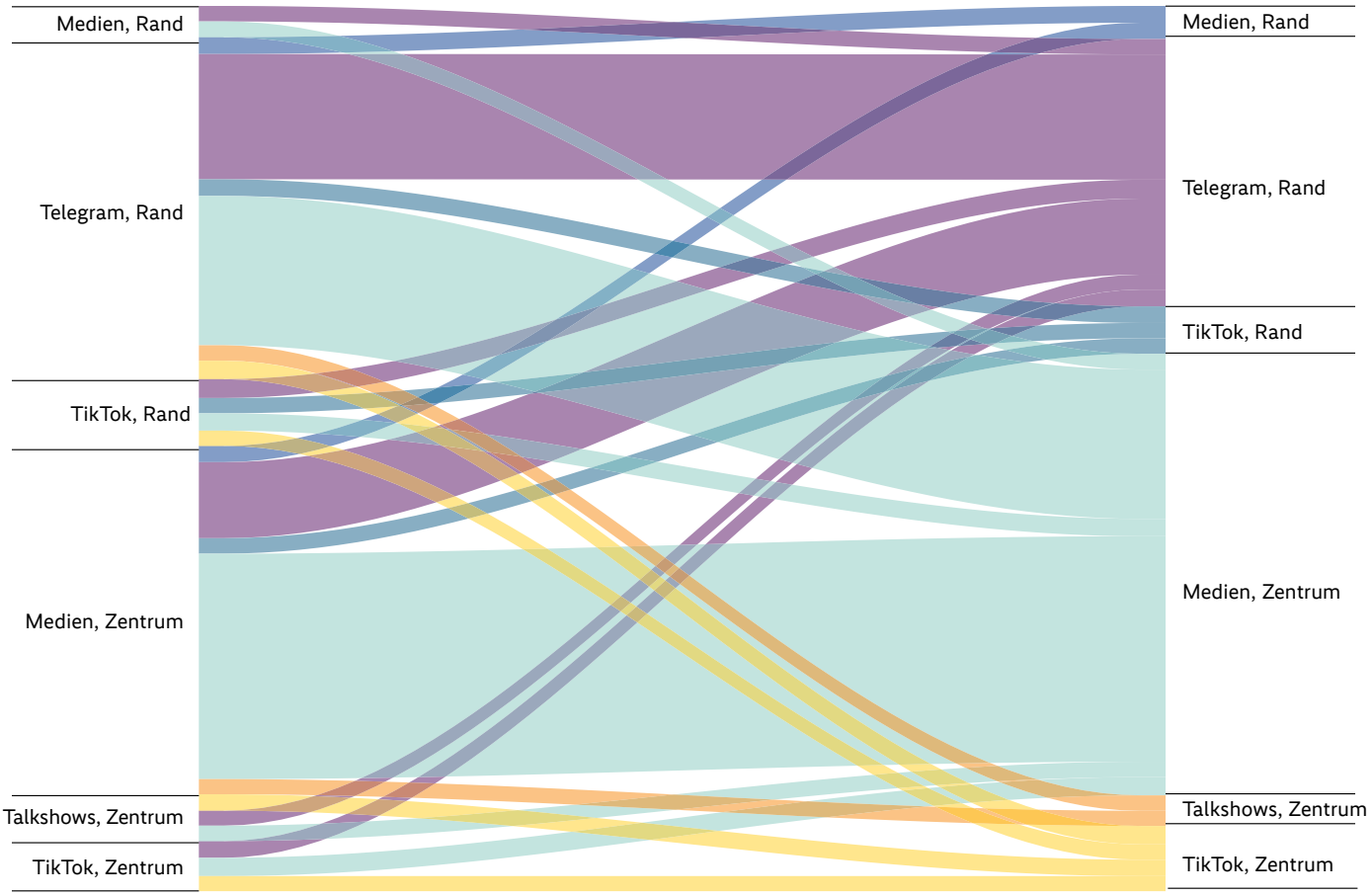
tel 3 – Datengrundlage) ist nicht überraschend, dass publizistische Medien und Telegram-Beiträge das Gros der Beiträge stellen; diese beiden Arenen machen jeweils um die 95 Prozent aller erfassten Beiträge aus. Doch während im Diskursnetzwerk zu Brosius-Gersdorf Telegram-Beiträge die größte Einzelkategorie sind und die Randarenen für etwas mehr als die Hälfte aller Beiträge (51,6 Prozent) verantwortlich zeichnen, kehrt sich das Verhältnis bei den anderen beiden Fällen um. Im Diskursnetzwerk zu Aschaffenburg stammen 55,1 Prozent der Beiträge aus Arenen des Zentrums, und beim Bürgergeld sogar mehr als zwei Drittel (68,1 Prozent).

Zur Darstellung von Verbindungen zwischen den Arenen dienen uns Sankey-Diagramme, die u. a. aus Analysen von Wählerwanderungen bekannt sind. Im Folgenden nutzen wir sie, um zeitliche Abfolgen von semantischen Bezügen zu visualisieren. Die in den vorherigen Abschnitten beschriebenen semantischen Diskursnetzwerke enthalten jeweils Informationen über den Zeitpunkt der Veröffentlichung eines Beitrags. Wenn zwei Beiträge, also die Knoten bzw. Punkte in den Netzwerken, aufgrund von semantischer Nähe miteinander verbunden sind, können wir den zeitlich früheren Beitrag als „Ursprung“ einer Information

Die Abbildungen 6 bis 8 zeigen die Stärke der semantischen Ähnlichkeiten zwischen den analysierten Medienkategorien. Die linke Spalte repräsentiert zeitlich früher veröffentlichte Beiträge und die rechte Spalte zeitlich nachfolgende, verbundene Beiträge. Je dicker eine Verbindung ist, desto öfter sind Texte in der rechten Kategorie semantisch ähnlich zu Texten der linken Kategorie. In Abb. 6 zeigen Medien des Zentrums z. B. besonders oft semantische Bezüge zu anderen Zentrumsmedien, aber auch zu zuvor auf Telegram veröffentlichten Beiträgen gibt es einige Ähnlichkeiten.

Verbindungen zwischen verschiedenen Arenen im semantischen Netzwerk zu Aschaffenburg

Abb. 7



Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

oder eines Inhalts deuten, die der zeitlich spätere Beitrag aufgreift.[1] Dementsprechend sind in den folgenden Diagrammen auf der linken Seite jeweils die Arenen der Herkunftsknoten, auf der rechten Seite die Arenen der aufgreifenden „Ziel-Knoten" abgebildet. Die Ströme zwischen den Arenen auf der linken und der rechten Seite entsprechen den Netzwerkverbindungen („Kanten"), sodass ein breiterer Strom impliziert, dass es mehr Verbindungen zwischen Knoten der jeweiligen Arena in den Diskursnetzwerken gibt.

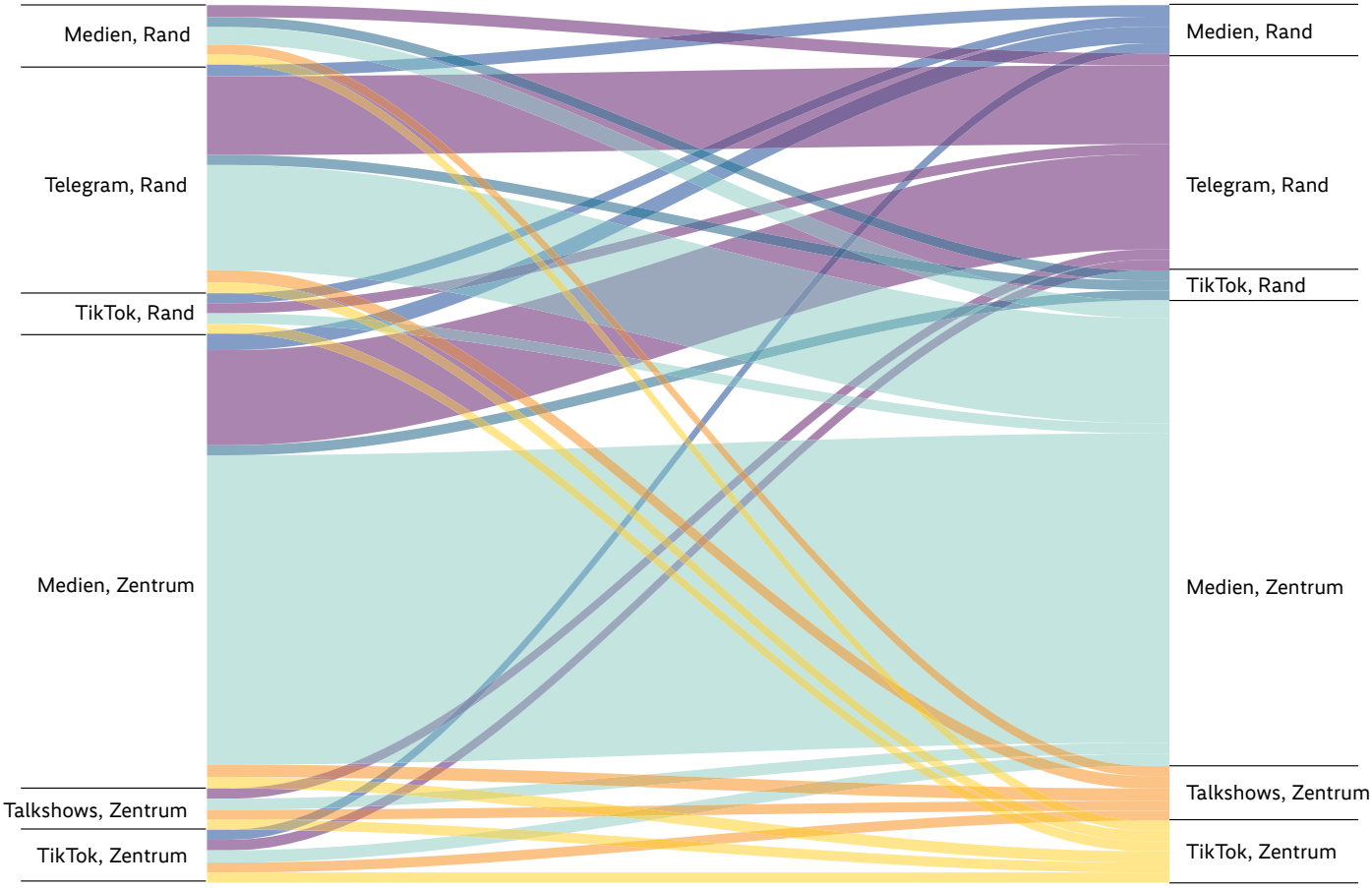
Im Netzwerk zu Brosius-Gersdorf (Abbildung 6) spielen Zentrummedien die größte Rolle. Sie beziehen sich besonders oft auf andere Medien des Zentrums, aber auch auf Telegram-Beiträge. Im Gegenzug bezieht sich auch Telegram teilweise auf Zentrummedien. Das Randmedium *Nius* spielt in diesem Diskursnetzwerk als Quelle eine etwas größere Rolle und bezieht sich selbst weniger auf andere Arenen. Talkshows hingegen beziehen sich auf Informationen aus Zentrummedien, Telegram und dem Randmedium. Im Diskursnetzwerk zu Aschaffenburg ist Telegram (Abbildung 7) als Herkunft für semantische Bezüge fast genauso groß wie die Zentrummedien, als Ziel allerdings weniger präsent. Das passt zu den Beobachtungen aus der Fallbeschreibung: Auf Telegram wurden rasch kurze Posts über die Attacke verbreitet, die teilweise nur Schlagzeilen beinhalten, während Medien später mehr Kontext zu dem Ereignis liefern. Da sie dabei die Fakten über den Fall wiederholen, bestehen oft Verbindungen zu den früher veröffentlichten Telegram-Beiträgen. TikTok, Talkshows und Randmedien spielen eine untergeordnete Rolle.

Im Diskursnetzwerk zum Bürgergeld schließlich haben Medien des Zentrums einen noch größeren Anteil (Abbildung 8). Sie beziehen sich größtenteils auf vorige Beiträge

1 Allerdings impliziert dies nicht zwingend, dass sich der spätere Beitrag auch explizit auf den früheren bezieht, denn wir haben keine Informationen darüber, ob die Beiträge etwa durch Verlinkungen direkt miteinander gekoppelt sind oder ob die Urheber:innen der späteren Beiträge Kenntnis von den früheren Beiträgen hatten.

Abb. 8

Verbindungen zwischen verschiedenen Arenen im semantischen Netzwerk zu Bürgergeld



Stand: 2026
Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

anderer Zentrummedien und weisen in deutlich geringerem Ausmaß eine semantische Verbindung zu Telegram-Beiträgen auf. Im Kontrast dazu bezieht sich ca. jeweils die Hälfte der Verbindungen auf Telegram auf frühere Beiträge von Zentrummedien und anderen Telegram-Kanälen.

Grundsätzlich lässt sich keine eindeutige Wanderung von Narrativen aus der Peripherie ins Zentrum erkennen. Vielmehr beeinflussen sich die Arenen gegenseitig. Zentrummedien sind immer hauptsächlich mit anderen Zentrummedien und Telegram als zweitgrößter Quelle verbunden. In allen drei untersuchten Fällen sind die Zentrummedien und Telegram die größten Arenen und damit auch die größten Quellen für spätere Beiträge. TikTok ist in den Netzwerken weniger vertreten. Aber wir können beobachten, dass Inhalte von Accounts des Zentrums auch eher Zentrummedien ähneln, während Rand-TikTok eher Telegram bzw. im Bürgergelddiskurs eher dem Randmedium *Nius* ähnlich ist. Bemerkenswert ist zudem, dass Beiträge des Randmediums in den Debatten zu Brosius-Gersdorf und zum Bürgergeld öfter Narrative aus anderen Zentrummedien widerspiegeln, während sie im Fall Aschaffenburg öfter die gleichen Informationen wie Telegram-Posts enthalten. Telegram spielt im Diskurs zu Aschaffenburg generell auch eine größere Rolle als in den anderen beiden Diskursen.

5 Fazit

In dieser Studie haben wir anhand von drei Beispielen – der Wahl neuer Richter:innen für das Bundesverfassungsgericht, der Messerattacke in Aschaffenburg sowie der Diskussion zum Bürgergeld und zur Grundsicherung – den Verlauf politischer Debatten sowohl akteurs- als auch plattformübergreifend rekonstruiert. Wir haben dabei zwischen Arenen des Zentrums und des Rands unterschieden, die wir in publizistischen Medienangeboten und Talkshows sowie in den sozialen Medien Telegram und TikTok lokalisieren. Wir konnten durch die Ermittlung von semantischen Diskursnetzwerken und die Analyse von zeitlichen Abfolgen zeigen, dass die Arenen nicht unabhängig und isoliert voneinander existieren, sondern sich gegenseitig beeinflussen. Die genauen Zusammenhänge unterscheiden sich aber zwischen den exemplarisch untersuchten Fällen.

Im Diskurs um die Wahl neuer Richter:innen dominieren Posts auf Telegram zu Beginn der Debatte, während die Debatte später von Zentrummedien weiter angetrieben wird. In dem Diskurs fällt auf, dass die Debatte um die Kandidatin Frauke Brosius-Gersdorf breit geführt wird, während Kritik an Ann-Katrin Kaufhold, der zweiten von der SPD vorgeschlagenen Kandidatin, nur auf Telegram zu finden ist und von den Zentrummedien nicht aufgegriffen wird.

Die Messerattacke in Aschaffenburg wird zugleich auf Telegram und in den Medien diskutiert. Dabei wurden Beiträge auf Telegram etwas früher veröffentlicht, während Medienbeiträge mehr Informationen beinhalten. Der Diskurs bettet sich semantisch in ein größeres Netz an Debatten während und nach dem Wahlkampf ein, die verschiedene, vor allem migrations- und sicherheitspolitische Themen behandeln.

Die Debatte um das Bürgergeld ist im Gegensatz zu den anderen beiden Fallbeispielen weniger ereignisgetrieben. Das Thema wird vor allem in den Medien des Zentrums debattiert, und nur einzelne Debattenstränge lassen sich auf Telegram identifizieren.

Die Befunde fügen sich gut in den Erkenntnisstand aus früherer Forschung ein. Rechtspopulistische Strömungen und andere Akteur:innen an den Rändern der demokratischen und epistemischen Ordnung unserer Gesellschaft haben ein strategisches Interesse daran, dass solche Themen in die öffentliche Wahrnehmung geraten, für die sie das „issue ownership“ besitzen und bei denen ihnen zumindest Teile der Bevölkerung eine Lösungskompetenz zuschreiben. Die AfD etwa profitiert seit Längerem schon von einer hohen Sichtbarkeit des Themenkomplexes Migration. Gerade gesellschaftliche Krisen bieten ihr eine willkommene Gelegenheit, die Debatte im Zusammenspiel mit anderen Akteur:innen der Peripherie mit eigenen Frames und Narrativen aufzuladen, wie sich im Fall der Messerattacke von Aschaffenburg deutlich beobachten lässt. Sie wird im direkten Nachgang, aber auch später immer wieder herangezogen, um rechtspopulistische Deutungen einer vermeintlich gescheiterten Migrationspolitik zu belegen. Außerdem werden ganz im Sinne des Mainstreaming-Konzepts Positionen und Forderungen, die aus dem Rand und über die AfD in die politische Debatte vorgebracht werden, von anderen Parteien, insbesondere der CDU und CSU übernommen. Ein Beispiel dafür ist der Antrag der Union zur Verschärfung der Migrationspolitik, der mit Stimmen der AfD angenommen wurde.

Im Fall der Richter:innenwahl können wir auch beobachten, wie das Thema zuerst vorwiegend auf Telegram Beachtung findet, die Diskussion später aber von den Medien weitergetrieben wird. Interessant ist hier vor allem, dass dieser Effekt in der Diskussion zu Frauke Brosius-Gersdorf zutage tritt, die Debatte aber nicht auf die Kandidatin Ann-Katrin Kaufhold übergreift – obwohl es auch auf Telegram Versuche gab, ihre Eignung infrage zu stellen. Sozialleistungen wie das Bürgergeld sind als Thema hingegen nicht in gleichem Maße von der AfD und dem rechten Rand besetzt. Das Thema wird auch weniger auf Telegram diskutiert – und wenn, ist es dort oft mit migrationspolitischen Themen verknüpft.

Die Studie beleuchtet mithilfe der drei untersuchten Beispiele die hybriden Öffentlichkeiten, die die heutige Informationslandschaft prägen. In ihnen spielen neben den publizistisch-journalistischen Medien auch die Social-Media-Plattformen eine wesentliche Rolle, um Informationsflüsse über unterschiedliche Arenen hinweg zu strukturieren. Dadurch werden öffentliche Debatten dynamischer, unübersichtlicher und offener zugleich. Akteur:innen, die in den Arenen des Zentrums keinen Platz finden, können sich in der Peripherie leichter äußern. Dort haben sie auch Teil an Debatten über gesellschaftlich relevante Themen, die sie – oft unter Bezugnahme auf Berichterstattung und Akteur:innen des Zentrums – aus ihrer eigenen ideologischen Position kommentieren und einordnen. Manche der ursprünglich randständigen Argumente und Narrative finden sich anschließend in den Debatten des Zentrums wieder, weil sie referenziert oder zitiert oder weil auch Sicht- und Sprechweisen übernommen werden. Damit geht in der Regel eine

größere Sichtbarkeit einher, was wiederum die Chance erhöht, dass diese Positionen politische Entscheidungen oder die individuelle Meinungsbildung beeinflussen.

Wie einleitend erwähnt, kann dieser Strukturwandel von Öffentlichkeit durchaus auch progressiven Anliegen zugutekommen. Aktuell sind es aber vor allem (rechts-)populistische und extremistische Kräfte, die von diesen geänderten Abläufen und Bedingungen gesellschaftlicher Debatten profitieren. Demokratische Akteur:innen müssen sich darauf einstellen und reagieren. Für Journalist:innen und publizistische Medienangebote etwa wächst die Aufgabe, die Vielzahl denkbarer Quellen zu beobachten und kritisch zu überprüfen. Was als Teil der „journalistischen Sorgfaltspflicht" immer schon zu ihrer professionellen Rolle gehörte, ist nun noch wichtiger geworden: Wo haben Informationen ihren Ursprung? Welche Äußerungen und Belege sind authentisch, welche sind möglicherweise mit Täuschungsabsicht irreführend formuliert oder komplett automatisch fabriziert? Wer übernimmt und verstärkt welche Narrative, und welcher Agenda folgen diese?

Bei diesen Aufgaben kann auch unabhängige wissenschaftliche Forschung helfen, die kommunikative Dynamiken und Diskursverläufe über längere Zeiträume und vergleichend untersucht. Sie ist dazu aber auf den Zugang zu entsprechenden Daten angewiesen, der in den vergangenen Jahren gerade in dem Moment erheblich erschwert wurde, als die Rolle der Plattformen für die Verbreitung von Desinformation stärker in den Fokus rückte (Bruns 2019). Mit dem Digital Services Act (DSA) steht mittlerweile zwar auf europäischer Ebene ein gewichtiges Regulierungsinstrument zur Verfügung. Er soll (über Artikel 40 DSA) den Datenzugang gewähren, um systemische Risiken für die Gesellschaft, die von den Plattformen ausgehen, einschätzen und gegebenenfalls korrigieren zu können. Doch gerade X hat diese Vorgaben in der Vergangenheit nicht eingehalten (Europäische Kommission 2025).

Letztlich ist auch die Politik gefordert, die als Kommunikator selbst den geänderten Logiken und Mechanismen unterliegt, die hybride Öffentlichkeiten für Willensbildung und Mobilisierung mit sich bringen. Unter diesen Bedingungen ist Medienpolitik immer auch „Demokratiesicherungspolitik". Sie muss dabei zum einen elementare demokratische Errungenschaften bewahren, insbesondere im Bereich der Meinungsäußerung und Medienfreiheit – auch und gerade in den Arenen der Peripherie. Zum anderen aber muss sie auch die Rahmenbedingungen setzen, sodass professioneller Qualitätsjournalismus, ob öffentlich-rechtlich oder privatwirtschaftlich finanziert, frei von staatlichen Einflüssen agieren kann, um gesellschaftliche Verständigungsprozesse zu begleiten. Denn eine zentrale Herausforderung unserer Zeit ist, die demokratische Medien- und Verständigungsordnung resilient gegenüber den Kräften zu machen, die sie abschaffen wollen.

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1	Semantisches Netzwerk zur Debatte um Frauke Brosius-Gersdorf	10
Abb. 2	Semantisches Netzwerk zur Messerattacke in Aschaffenburg	11
Abb. 3	Auszug aus dem semantischen Netzwerk zu Aschaffenburg	12
Abb. 4	Semantisches Netzwerk zu Bürgergeld/ Grundsicherung	13
Abb. 5	Auszug aus dem semantischen Netzwerk zu Bürgergeld/Grundsicherung	13
Abb. 6	Verbindungen zwischen verschiedenen Arenen im semantischen Netzwerk zu Brosius-Gersdorf	15
Abb. 7	Verbindungen zwischen verschiedenen Arenen im semantischen Netzwerk zu Aschaffenburg	16
Abb. 8	Verbindungen zwischen verschiedenen Arenen im semantischen Netzwerk zu Bürgergeld	17
Tab. 1	Anzahl und Anteile der Beiträge aus verschiedenen Arenen pro Fallbeispiel	14

Literaturverzeichnis

Bause, H. (2021): Politische Social-Media-Influencer als Meinungsführer?, in: Publizistik 66 (2), S. 295–316, https://doi.org/10.1007/s11616-021-00666-z (9.7.2026).

Behre, J.; Hölig, S.; Stöwing, E.; Möller, J. (2025): Reuters Institute Digital News Report 2025: Ergebnisse für Deutschland, Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts, *77*, https://doi.org/10.21241/SSOAR.102887 (9.7.2026).

Bennett, W. L.; Kneuer, M. (2024): Communication and Democratic Erosion: The Rise of Illiberal Public Spheres, in: European Journal of Communication 39 (2), S. 177–196, https://doi.org/10.1177/02673231231217378 (9.7.2026).

Bruns, A. (2019): After the „APIcalypse": Social Media Platforms and Their Fight Against Critical Scholarly Research, in: Information, Communication & Society 22 (11), S. 1.544–1.566, https://doi.org/10.1080/1369118X.2019.1637447 (9.7.2026).

Buehling, K.; Heft, A. (2023): Pandemic Protesters on Telegram: How Platform Affordances and Information Ecosystems Shape Digital Counterpublics, in: Social Media + Society 9 (3), 20563051231199430, https://doi.org/10.1177/20563051231199430 (9.7.2026).

Europäische Kommission (2025): Gesetz über digitale Dienste: Kommission verhängt Geldbuße in Höhe von 120 Mio. EUR gegen X, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2934 (9.7.2026).

Gerbaudo, P. (2018): Social Media and Populism: An Elective Affinity?, in: Media, Culture & Society 40 (5), S. 745–753, https://doi.org/10.1177/0163443718772192 (9.7.2026).

Gilardi, F.; Gessler, T.; Kubli, M.; Müller, S. (2022): Social Media and Political Agenda Setting, in: Political Communication 39 (1), S. 39–60, https://doi.org/10.1080/10584609.2021.1910390 (9.7.2026).

Gong, B. (2025): Opportunities for Extremism: A Comparative Study of German Far-Right Social Movement Networks on Twitter/X, Telegram, and Gettr, in: Information, Communication & Society, S. 1–24, https://doi.org/10.1080/1369118X.2025.2558151 (9.7.2026).

Hickey, D.; Fessler, D. M. T.; Lerman, K.; Burghardt, K. (2025): X under Musk's Leadership: Substantial Hate and no Reduction in Inauthentic Activity, in: PLOS ONE 20 (2), e0313293, https://doi.org/10.1371/journal.pone.0313293 (9.7.2026).

Hopster, J. (2021): Mutual Affordances: The Dynamics Between Social Media and Populism, in: Media, Culture & Society 43 (3), S. 551–560, https://doi.org/10.1177/0163443720957889 (9.7.2026).

Kessling, P.; Ruckdeschel, M.; Münch, F. V.; Wiedemann, G. (2024): Cross-Plattform Social Media Forschung: Methoden der Datengewinnung und Analyse, Institute for Strategic Dialogue (ISD), https://isdgermany.org/wp-content/uploads/2024/12/ISD_notorious04_241129_v4_final.pdf (9.7.2026).

Klawier, T. (2024): Intermediales Agenda-Setting von rechts? Drei Fallstudien zum Einfluss rechter Alternativmedien auf etablierte Nachrichtenangebote, in: Wissenschaftskonferenz 2023: Tagungsband, S. 46–55, Bundesamt für Verfassungsschutz, Zentrum für Analyse und Forschung.

Klinger, U.; Lance Bennett, W.; Knüpfer, C. B.; Martini, F.; Zhang, X. (2023): From the Fringes into Mainstream Politics: Intermediary Networks and Movement-Party Coordination of a Global Anti-Immigration Campaign in Germany, in: Information, Communication & Society 26 (9), S. 1.890–1.907, https://doi.org/10.1080/1369118X.2022.2050415 (9.7.2026).

Knüpfer, C. B.; Bennett, W. L.; Klinger, U. (2025): Far-Right Challenges to Liberal Democratic Press Norms: „Indexing by Proxy" in a German Immigration Debate, in: Journal of Communication 78 (2), S. 160–173, https://doi.org/10.1093/joc/jqaf008 (9.7.2026).

Kristensen, J. B. (2025): Platform Polarization: Do Alternative Platforms Drive Discursive Polarization?, in: Comunicazione Politica (1), S. 23–47, https://doi.org/10.3270/116608 (9.7.2026).

Landeshauptstadt Schwerin (2025): Arbeitsverpflichtung in der Landeshauptstadt Schwerin: Richtigstellung zu der aktuellen Berichterstattung, https://www.schwerin.de/news/richtigstellung-zu-berichterstattung-arbeitsverpflichtung/ (23.9.2026).

Leidig, E. (2023): The Women of the Far Right: Social Media Influencers and Online Radicalization, Columbia University Press.

Li, Y.; Chen, T.; Zhao, Y.; Ke, W.; Pang, P.; McKay, D.; Chang, S.; Baxter, N. (2026): Auditing the Impact of Social Media's Policy Shift on Anti-Vaccine Discourse: A Large Language Model-Driven Empirical Study, in: PLOS ONE 21 (4), e0346568, https://doi.org/10.1371/journal.pone.0346568 (9.7.2026).

Liang, M. (2022): The End of Social Media? How Data Attraction Model in the Algorithmic Media Reshapes the Attention Economy, in: Media, Culture & Society 44 (6), S. 1.110–1.131, https://doi.org/10.1177/01634437221077168 (9.7.2026).

Mansell, R.; Durach, F.; Kettemann, M.; Lenoir, T.; Procter, R.; Tripathi, G.; Tucker, E. (2025): Information Ecosystems and Troubled Democracy: A Global Synthesis of the State of Knowledge on News Media, AI and Data Governance, Observatory on Information and Democracy, https://observatory.informationdemocracy.org/wp-content/uploads/2025/06/rapport_forum_information_democracy_2025-1.pdf (9.7.2026).

Meyer, H.; Zerrer, P.; Büttner, H.-M.; Schatto-Eckrodt, T. (2026): Activists Preserving the (Multi-Platform) Environment: Advocacy Coalitions of #Lützerath Climate Protests, in: Environmental Communication, S. 1–22, https://doi.org/10.1080/17524032.2026.2617507 (9.7.2026).

Peucker, M.; Fisher, T. J. (2023): Mainstream Media Use for Far-Right Mobilisation on the Alt-Tech Online Platform Gab, in: Media, Culture & Society 45 (2), S. 354–372, https://doi.org/10.1177/01634437221111943 (9.7.2026).

Radford, A.; Kim, J. W.; Xu, T.; Brockman, G.; McLeavey, C.; Sutskever, I. (2022): Robust Speech Recognition via Large-Scale Weak Supervision (arXiv:2212.04356), arXiv. https://doi.org/10.48550/arXiv.2212.04356 (9.7.2026).

Reimers, N.; Gurevych, I. (2019): Sentence-BERT: Sentence Embeddings using Siamese BERT-Networks (arXiv:1908.10084), arXiv, https://doi.org/10.48550/arXiv.1908.10084 (9.7.2026).

Rinsdorf, L.; Buhl, F.; Yannikos, Y.; Bader, K. (2026): German-Speaking Hyperpartisan, Alternative, and Conspiracy Telegram Channel Types: A Content Analysis, in: Studies in Communication and Media 15 (1), S. 9–44, https://doi.org/10.5771/2192-4007-2026-1-9 (9.7.2026).

Rothut, S.; Schulze, H.; Hohner, J.; Rieger, D. (2024): Ambassadors of Ideology: A Conceptualization and Computational Investigation of Far-Right Influencers, Their Networking Structures, and Communication Practices, in: New Media & Society 26 (12), S. 7.120–7.147, https://doi.org/10.1177/14614448231164409 (9.7.2026).

Rothut, S.; Schulze, H.; Rieger, D.; Lechner, M.; Naderer, B. (2026): Protest Movements and the Mainstreaming of Radical and Extremist Ideologies: The Case of COVID-19 Protests, in: Information, Communication & Society, S. 1–27, https://doi.org/10.1080/1369118X.2026.2654668 (9.7.2026).

Saldivia Gonzatti, D.; Völker, T. (2025): Far-Right Agenda Setting: How the Far Right Influences the Political Mainstream, in: European Journal of Political Research, S. 1–23, https://doi.org/10.1017/S1475676525100066 (9.7.2026).

Scharfbillig, M.; Lewandowsky, S.; Altay, S.; Alstyne, M. van; Kozyreva, A.; Hertwig, R.; Lorenz-Spreen, P.; Diresta, R.; Valenzuela, S.; Egidy, S.; Quattrociocchi, W.; Orben, A. (2026): Fractured Reality, European Commission, Joint Research Centre, https://doi.org/10.2760/9358883 (9.7.2026).

Schmidt, J.-H. (2025): Social Media as Innovation, in: Schulz-Schaeffer, I.; Windeler, A.; Blättel-Mink, B. (Hrsg.): Handbook of Innovation, S. 1–14, https://doi.org/10.1007/978-3-031-25143-6_52-1 (9.7.2026).

Schmidt, J.-H.; Merten, L.; Münch, F. V. (2024): Die „Datenbank Öffentlicher Sprecher“ (DBÖS) (Version v2) [Datensatz], OSF, https://doi.org/10.17605/OSF.IO/SK6T5 (9.7.2026).

Simon, M.; Zannettou, S.; Welbers, K.; Kroon, A. C.; Trilling, D. (2025): Tracing Information Flows in the Hybrid Media System: The Agenda-Setting Role of Dark Platforms Surrounding the Ukraine Invasion Discourse, in: International Journal of Communication 19, S. 1.182–1.206.

Völker, T.; Saldivia Gonzatti, D. (2024): Discourse Networks of the Far Right: How Far-Right Actors Become Mainstream in Public Debates, in: Political Communication 41 (3), S. 353–372, https://doi.org/10.1080/10584609.2024.2308601 (9.7.2026).

Wiedemann, G.; Schmidt, J.-H.; Rau, J.; Münch, F. V.; Kessling, P. (2023): Telegram in der politischen Öffentlichkeit: Zur Einführung in das Themenheft, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 71 (3–4), S. 207–211, https://doi.org/10.5771/1615-634X-2023-3-4-207 (9.7.2026).

Zeeuw, D. de; Hagen, S.; Peeters, S.; Jokubauskaite, E. (2020): Tracing Normiefication: A Cross-Platform Analysis of the QAnon Conspiracy Theory, in: First Monday, https://doi.org/10.5210/fm.v25i11.10643 (9.7.2026).

Zehring, M.; Domahidi, E. (2025): The Language Similarity Between Corona Protest Mobilizers on Telegram and German Politicians on Twitter, in: Information, Communication & Society, S. 1–19, https://doi.org/10.1080/1369118X.2025.2536160 (9.7.2026).

Zeng, J.; Schäfer, M. S. (2021): Conceptualizing „Dark Platforms“: Covid-19-Related Conspiracy Theories on 8kun and Gab, in: Digital Journalism 9 (9), S. 1.321–1.343, https://doi.org/10.1080/21670811.2021.1938165 (9.7.2026).

Zhang, Y.; Lian, R. (2025): How Right-Wing Media, Twitter, Facebook, and YouTube Circulated Antipathy and Threat Cues About Immigrants: A Cross-Media and Cross-Platform Approach, in: Mass Communication and Society, S. 1–20, https://doi.org/10.1080/15205436.2025.2529999 (9.7.2026).

Anhang

Liste der untersuchten Medienangebote

Liste der publizistischen Medien

Medienquelle	Anzahl der Beiträge
bild.de	116.788
zeit.de	99.102
tagesspiegel.de	91.178
stern.de	64.467
focus.de	50.678
welt.de	50.625
t-online.de	49.957
faz.net	43.663
spiegel.de	41.800
rtl.de	27.976
deutschlandfunk.de	21.714
rp-online.de	21.189
taz.de	15.409
tagesschau.de	13.479
sueddeutsche.de	10.777
manager-magazin.de	6.372
nius.de	6.000
zdf.de	3.227
freitag.de	2.921
jungewelt.de	1.763
aktiv-online.de	381
dw.com	11
afp.com	10
heise.de	2
konkret-magazin.de	2

Liste der Talkshow-Ausgaben

Talkshow	Anzahl der Sendungen
Markus Lanz	136
Maischberger	64
Maybrit Illner	33
Caren Miosga	23
Hart aber Fair	12

Eine Liste der Telegram-Kanäle kann auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden. Eine Liste der TikTok-Accounts findet sich in der Datenbank öffentlicher Sprecher:innen unter https://doi.org/10.17605/OSF.IO/SK6T5 (Schmidt et al. 2024).

Vorgehen bei der automatisierten Analyse von Diskursnetzwerken

Automatisierte Auswertungen von großen Datenbeständen haben in den vergangenen Jahren zugenommen, da sich sowohl die Methoden als auch die Verfügbarkeit von Computern mit höherer Rechenleistung weiterentwickelt haben. Bei der automatisierten Analyse großer Textmengen spricht man von Natural Language Processing (NLP). Eine der Methoden, um die Komplexität der Korpora zu reduzieren und greifbar zu machen, ist das Clustering (Kessling et al. 2024). Es beruht auf einer Kombination aus NLP und Netzwerkanalyse, um Textdaten zu Gruppen ähnlicher Texte zusammenzufügen.

Die NLP-Modelle, die dabei zum Einsatz kommen, haben gemeinsam, dass sie auf großen Mengen an Text – auch in unterschiedlichen Sprachen – trainiert wurden und dadurch sofort einsatzbereit sind. Sie berechnen für jede Texteingabe Vektordarstellungen in einem hochdimensionalen semantischen Raum, die man auch als „Embeddings" bezeichnet (Reimers/Gurevych 2019). Texte mit ähnlicher Bedeutung liegen in diesem multidimensionalen Raum näher beieinander als Texte mit unterschiedlichen Bedeutungen. Dadurch lassen sich Texte mathematisch vergleichen: Von den Embeddings ausgehend lässt sich die Kosinus-Ähnlichkeit der Vektoren berechnen, indem der Winkel zweier Geraden vom Ursprung durch die beiden Punkte im multidimensionalen Raum berechnet wird. Der Kosinus eines Winkels ist 1, wenn der Winkel 0° beträgt, und 0, wenn der Winkel 90° beträgt. Liegen die Punkte näher beieinander, ist der Winkel zwischen ihren Geraden kleiner, sodass ein hoher Kosinus-Wert resultiert, der wiederum eine hohe semantische Ähnlichkeit nahelegt.

Diese Methode ermöglicht es, Texte basierend auf ihrer Bedeutung zu vergleichen und ähnliche Texte zu gruppieren. Im Vergleich zu Methoden, die auf Schlüsselwörtern beruhen, resultiert die semantische Ähnlichkeit also nicht allein aus Wortgleichheit, sondern beruht auf Bedeutungsgleichheit. Das heißt, auch Texte mit synonymen Formulierungen werden als sehr ähnlich eingestuft.

Danksagung

Für hilfreiche Anmerkungen und Unterstützung bei der Analyse danken die Verfasser:innen Jan Rau, Till Holland und Yana Novitskaya. Teile der dieser Studie zugrunde liegenden Datensätze und Methoden wurden im Rahmen des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt erstellt, das mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) unter dem Förderkennzeichen 01UG2450IY gefördert wird. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor:innen.

Über die Autor:innen

Dr. Azade Kakavand ist Postdoc für computerbasierte Methoden im Social Media Observatory des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Teil des Media Research Method Labs am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut in Hamburg.

Philipp Kessling arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Media Research Methods Lab am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut und leitet dort das Projekt Systematische Observation von neuen auditiven Risiken (SONAR).

PD Dr. Jan-Hinrik Schmidt leitet den Programmbereich „Gesellschaftliche Funktionen von Kommunikation und Medien" am Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut in Hamburg. Zudem ist er wissenschaftlicher Leiter des Hamburger Standorts im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, das seit 2020 vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt gefördert wird.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

→ politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;

→ Politikberatung;

→ internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;

→ Begabtenförderung;

→ das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger:innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

Weitere Veröffentlichungen

Plattform-Badges für zivile Kommunikation: Stärkung der demokratischen Öffentlichkeit im digitalen Raum
Impuls Februar 2026
https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1967994

Wege zu einer gemeinwohlorientierten digitalen Medienordnung: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk als Public Open Space im Reformstaatsvertrag
Analyse Februar 2026
https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1967612

Resiliente Informationsräume: Nationale Strategien gegen Desinformation im europäischen Mehrebenensystem
Analyse März 2026
https://collections.fes.de/publikationen/download/pdf/1977684

Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter
www.fes.de / publikationen

Netzwerke der Meinungsbildung

Die Studie analysiert, wie digitale Medien politische Debatten prägen. Drei Fälle im Zeitraum November 2024 bis Oktober 2025 werden betrachtet: die gescheiterte Kandidatur von Frauke Brosius-Gersdorf für das Bundesverfassungsgericht, die Messerattacke in Aschaffenburg und die Diskussion um das Bürgergeld. Für die Analyse wurden Daten aus 700.000 Onlineartikeln, öffentlichen Talkshows, Telegram-Nachrichten und TikTok-Videos ausgewertet. Die Ergebnisse zeigen, dass digitale Medien einerseits neue Chancen für demokratisches Engagement und Verständigung bieten, andererseits aber auch das Risiko erhöhen, dass sich ausgrenzende Rhetorik, polarisierende Positionen und extremistische Narrative verbreiten.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
↗ **fes.de**

Friedrich Ebert Stiftung